



DANIEL EPPLER

# DYNAMIKEN DER RADIKALEN RECHTEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

GUE/NGL  
**THE LEFT**  
IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT

Policy Paper im Auftrag von Martin Schirdewan,  
MdEP und Ko-Vorsitzender der Fraktion THE LEFT im Europäischen Parlament

**Autor:**

Daniel Eppler

**im Auftrag von:**

Martin Schirdewan,  
Mitglied des Europäischen Parlaments und  
Ko-Vorsitzender der Fraktion  
THE LEFT in the European Parliament

Titelbild: Blandine Le Cain/Wikimedia Commons



Martin Schirdewan  
Rue Wiertz 60  
1047 Brüssel  
martin.schirdewan@ep.europa.eu  
www.martin-schirdewan.eu



# INHALT

1	WAS IST PASSIERT?	5
2	WER IST DABEI?	9
3	WAS VERBINDET SIE?	19
4	WAS TRENNT SIE?	23
5	AUSBLICK UND VERSUCH EINER BEWERTUNG	29
6	QUELLEN	32



# WAS IST PASSIERT?

In Hinblick auf den europäischen Rechtsradikalismus kann mit den Wahlniederlagen des slowenischen Ex-Ministerpräsidenten Janez Janša und der französischen Präsidentschaftskandidatin im April 2022 sicherlich von Erleichterung gesprochen werden. Dann jedoch ein herber Rückschlag im Oktober. Die Schwedendemokraten werden zweitstärkste Kraft und Italien wird künftig von der Chefin einer faschistischen Partei regiert. In den Hintergrund geraten sind dabei Dynamiken auf der Bühne der europäischen Rechten, die 2021 begannen:

Anfang 2021 entfachte die ungarische Regierungspartei Fidesz die Debatte um eine mögliche Neuformierung der radikalen Rechten auf europäischer Ebene neu. Die Fidesz kam mit ihrem Austritt aus der konservativen „Fraktion der Europäischen Volksparteien“ (EVP) einem Rauswurf wegen inhaltlicher Differenzen nur kurz zuvor und beendete einen jahrelangen, fraktionsinternen Streit um Rechtsstaatsabbau in Ungarn. (Es ist durchaus zu fragen, inwieweit die jahrelange Toleranz einer offen demokratiefeindlichen und antiliberalen Partei in der konservativen Fraktion Teil des europäischen Problems mit der radikalen Rechten ist.) Erste Vermutungen über einen Beitritt der Fidesz zu einer der beiden Rechtsaußen-Fraktionen im EU-Parlament kam der ungarische Ministerpräsident Victor Orban wenige Wochen später zuvor. Sein Plan sah eine Neuordnung am rechten Rand vor.<sup>1</sup>

Die meisten rechtsradikalen Parteien sind entweder in der „Fraktion Identität und Demokratie“ (ID) oder in der „Fraktion der europäischen Konservativen und Reformer“ (EKR) organisiert. Die ID-Fraktion wurde 2019 nach der letzten Europawahl gegründet und wird maßgeblich durch die italienische „Lega“, den französischen „Rassemblement National“ und die „Alternative für Deutschland“ geführt. Sie ist mit 65 Mitgliedern die fünftgrößte Fraktion im EU-Parlament.<sup>2</sup> Die EKR-Fraktion hingegen wurde schon 2009 gegründet und steht mittlerweile vor allem

unter dem Einfluss der polnischen Regierungspartei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS), die mit 27 Abgeordneten die stärkste Partei in der Fraktion ist. Insgesamt ist die EKR-Fraktion mit 64 Abgeordneten im Parlament vertreten.<sup>3</sup>

Nach dem erwähnten Austritt der Fidesz kam es auf Initiative Victor Orbans im April 2021 in Budapest zu einem Treffen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki von der PiS-Partei und dem Parteichef der italienischen Lega Matteo Salvini. Die drei redeten von einer „europäischen Renaissance“, betonten gemeinsame Werte wie Familie, Würde und Christentum und kündigten einen Ausbau der Zusammenarbeit an. Zur genauen Ausgestaltung lagen aber verschiedene Positionen vor: Die PiS hatte nach dem Ausscheiden der britischen Tories im Zuge des Brexits und damit der Schwächung der EKR-Fraktion erklärt, man befürworte den Beitritt der Fidesz und anderer rechtsgerichteter Abgeordneter zur eigenen Fraktion. Victor Orban hingegen setzte auf ein neues Bündnis, während Salvini schon vorher den Zusammenschluss aller rechtsaußen Parteien im EU-Parlament ins Spiel gebracht hatte. Angekündigt wurden schließlich lediglich weitere Treffen.<sup>4</sup>

Mit Bezug auf die „Konferenz zur Zukunft Europas“ riefen die drei Parteien, sowie 13 weitere im Juli 2021 das „Bündnis gegen EU-Zentralismus“ aus und veröffentlichten ein Papier mit ihren zentralen europapolitischen Vorstellungen. Neben Fidesz, PiS und Lega, waren alte Bekannte der europäischen Rechten wie der französische Rassemblement National, die Dansk Folkeparti, die Freiheitliche Partei Österreichs oder der Vlaams Belang aus Belgien Teil des Bündnisses, ebenso wie die aufstrebende Partei Vox aus Spanien und weitere Parteien der radikalen Rechten aus EKR- und ID-Fraktion. Funktionäre der FPÖ sprachen das Ziel der zweitgrößten bzw. nach den kommenden Wahlen größten Fraktion danach offen aus.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> tagesschau (03.03.2021), Orbans Fidesz-Partei verlässt EVP-Fraktion

<sup>2</sup> ID-group

<sup>3</sup> EKR-Fraktion

<sup>4</sup> deutschlandfunk (02.04.2021), PiS, Lega, Fidesz / Ein neues Bündnis rechtsgerichteter Parteien in Europa?

<sup>5</sup> APA-OTS (02.07.2021), FPÖ: Europaweites Großbündnis für freie Vaterländer und gegen EU-Zentralismus gegründet

Im Dezember 2021 folgte auf Einladung der PiS ein weiteres Treffen in Warschau. PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski formulierte bei der Eröffnungsrede zwei Ziele: „Das erste bezieht sich auf die Stärkung der Zusammenarbeit, der Koordinierung und des Aufbaus einer Einheit zwischen den beiden rechten Fraktionen im Europäischen Parlament. [...] Das zweite Ziel besteht darin, den Charakter der Europäischen Union zu verändern.“ Zu konkreten Beschlüssen bezüglich einer gemeinsamen Fraktion kam es nicht, allerdings erklärten die Parteien, gemeinsame Treffen und Absprachen bei Abstimmungen zu planen.<sup>6</sup>

Zum jüngsten Treffen lud die spanische Vox im Januar 2022 nach Madrid ein. Erneut trafen sich führende Politiker\*innen der radikalen Rechten und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, die gemeinsame Positionen bezüglich Protektionismus, Migrations- und Asylpolitik, Souveränität und Außenpolitik formulierte und die Eröffnung eines Büros in Brüssel zur Koordinierung der Zusammenarbeit ankündigte. Insgesamt waren allerdings nicht alle Parteien anwesend, die das erste Bündnis-Papier unterzeichnet hatten.<sup>7</sup>

Schließlich wurden auch die Treffen der radikalen Rechten vom andauernden, brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine überschattet. Trotzdem es seit Anfang 2022 um eine Neuformierung der europäischen Rechten eher ruhig geworden ist, lohnt sich eine Auseinandersetzung mit diesen Dynamiken – gerade vor dem Hintergrund des Krieges und mit Blick auf die nächsten Jahre.

Um einen Überblick zu erhalten, sollen zunächst das Feld der radikalen Rechten in Europa geordnet und die zentralen Akteur\*innen vorgestellt werden.

<sup>6</sup> mdr (04.12.2021), EU: Rechte Parteien wollen enger zusammenarbeiten

<sup>7</sup> Heller, Fernando (31.01.2022), Far-right leaders agree on 'roadmap for sovereign and patriotic Europe', in: euractiv / euronews (29.01.2022), Europe's far-right meets in Madrid for two-day summit led by Spain's Vox







## WER IST DABEI?

### WANKENDE HEGEMONIE IN UNGARN UND POLEN?

Die ungarische „**Fidesz – Magyar Polgári Szövetség**“ (dt.: **Ungarischer Bürgerbund**) und die polnische „**Prawo i Sprawiedliwość**“ (PiS; dt.: **Recht und Gerechtigkeit**) sind auf nationaler Ebene nicht nur etabliert, sondern stellen schon lange die Regierung und setzen radikalrechte Politik aktiv um. Dabei sei gesagt, dass die radikale Rechte in Mittel- und Osteuropa durchaus einige Besonderheiten aufweist, sich aber nicht grundsätzlich von der westeuropäischen Rechten unterscheidet. Hier sind rassistische Tendenzen zu nennen, die sich eher gegen eingessene ethnische oder nationale Minderheiten richtet, sowie ein stärker ausgeprägter Irredentismus, also die Idee, die eigene Ethnie innerhalb historisch legitimer Grenzen zusammenzuführen, und die oftmals stärkere Rolle religiöser Identität. Weiterhin spielen die Konsolidierungsprozesse der neuen Demokratien nach 1989/90 eine Rolle und die radikal rechten Parteien verfolgen eine eindeutigere sozialprotektionistische Politik.<sup>8</sup>

Die Gemengelage, aus der sich der Erfolg der radikalen Rechten in Ungarn speiste, war geprägt durch Wirtschaftskrise, Austeritätsmaßnahmen und sozioökonomische Folgen der EU-Mitgliedschaft für weite Teile der Bevölkerung, sowie weit verbreiteter Nationalismus, Rassismus und Antiziganismus. Victor Orban verwandelte die als liberal und antikommunistisch gestartete Fidesz nach und nach in eine rechtsradikale Partei. Er schloss geschickt an die Stimmung in der Bevölkerung und die Krise der linken Regierung an und positionierte sich als Alternative zu nationalen und europäischen Eliten, die er gleichzeitig als fremdartig und abgehoben, als „wurzellose Kosmopoliten“ darstellte. Mit dem Erdrutschsieg 2010 formulierte er das Ziel eines 20-jährigen Macherhalts und begann mit dem Umbau des ungarischen politischen Systems in eine „illiberale Demokratie“. Diese fußt wirtschaftspolitisch auf EU-Transferleistungen im Sinne der nationalen

Bourgeoisie und machtsichernder Vetternwirtschaft. Das sozialpolitische Motto „Arbeit statt Sozialhilfe“ stiftet die Identität einer hart arbeitenden Mehrheit und ist Diskriminierungsgrundlage und -legitimation. Private und staatliche Medien verbreiten Regierungspropaganda, eine kritische Debatte wird abgewürgt. Während Orban ein Netzwerk regierungstreuer NGOs aufbaut, werden kritische Zivilgesellschaft und Bürger\*innen eingeschüchtert und bedroht.<sup>9</sup>

Auch die polnische PiS profitierte auf der einen Seite von den Auswirkungen der Transformation und neoliberaler Politiken und auf der anderen Seite vom starken Antikommunismus und neu aufflammendem Nationalismus und Neofaschismus in Polen nach 1989. Die rechtsradikale Ideologie erweiterte sich in dieser Zeit vor allem um Queerfeindlichkeit und die Ablehnung der „Verwestlichung“ in Form liberaler Werte. Die PiS agierte in den frühen 2000er Jahren nicht als offen rechte Partei. Vielmehr gab sie sich pro-europäisch, positionierte sich gegen Korruption und verstand sich als Vertreterin der Rechtsstaatlichkeit und abgehängten Bevölkerung. Doch während ihrer Regierungsbeteiligungen 2005 bis 2007 und erneut seit 2015 übernahm die PiS immer mehr die Rhetorik und Politik der radikalen Rechten. Die Agitation gegen Geflüchtete wurde radikaler, Migration wurde als Gefahr dargestellt, Verteilungsquoten abgelehnt, die Angst vor importierten Seuchen und „Islamisierung“ geschürt. Die PiS funktioniert damit als Bindeglied zum polnischen Neofaschismus und bewirkt dessen Normalisierung. Zustimmung erhält die PiS auch für die Umsetzung sozialpolitischer Versprechen, wie die zum Rentenalter und Kindergeld. Eine vollständige Abkehr vom neoliberalen Modell vollzog sie allerdings nicht. Hinsichtlich des Umbaus des politischen Systems (Unabhängigkeit von Justiz und Medien, Gewaltenteilung, Personalpolitik in der Verwaltung) sind Parallelen zum „ungarischen Modell“ erkennbar bzw. wird dieses ganz offen als Vorbild benannt.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Decker, Frank/Lewandowski, Marcel (2017), Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien

<sup>9</sup> Szombati, Kristóf (2018), Victor Orbáns autoritäres Regime

<sup>10</sup> Rydliński, Bartosz (2018), Nationalismus und Neofaschismus unter Jarosław Kaczyński

Doch beide Regierungen stehen auch unter Druck. In Ungarn hatte sich für die Wahl Anfang April 2022 die Opposition gegen Orban und die Fidesz verbündet. Das Bündnis aus linken, grünen, liberalen und rechten Kräften mit einem gemeinsamen Kandidaten lag in Umfragen lange nur einige Prozentpunkte hinter der Fidesz, war aber wegen seiner Zusammensetzung durchaus ein fragiles Projekt.<sup>11</sup> Schließlich erreichte die Fidesz am 03. April 53 % der Stimmen, hat aber wegen vorheriger Wahlrechtsänderungen zu ihren Gunsten weiterhin eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Orban hat es geschafft, sich im Angesicht des Krieges als Garant von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu inszenieren, während die Opposition in den von der Regierung kontrollierten Medien kaum vorkam. Innenpolitisch hat Orban seine Macht also sichern können, doch die Gräben in Ungarn werden tiefer.<sup>12</sup>

Auch die PiS steht innenpolitisch unter Druck: Die Koalition mit „Solidarna Polska“ und „Porozumienie“ ist zerstritten und die Mehrheit im Parlament labil. Auch das neue Mediengesetz, von dem die Ausnahmepolitik an der polnisch-belarussischen Grenze ablenken sollte, ist umstritten. Zugangsbeschränkungen für Journalist\*innen und NGOs und eine rechtswidrige, humanitäre Notlage wurden durch die Inszenierung der PiS als Grenzschützerin kaschiert, eine Krise der Zustimmung konnte aber nicht abgewendet werden. Außerdem gibt es Probleme bei der Umsetzung des angekündigten wohlfahrtstaatlichen Programms „Polnische Ordnung“ wegen fehlender EU-Gelder. Die starken Protestbewegungen der letzten Jahre, beispielweise gegen ein neues Abtreibungsgesetz bringen die rechte Hegemonie stärker ins Wanken. Parteipolitisch baut sich mit der „Platforma Obywatelska“ unter dem zurückgekehrten Donald Tusk im Hinblick auf die anstehenden Wahlen 2023 eine Opposition auf, die der PiS gefährlich werden kann.<sup>13</sup>

Schließlich darf auch der Konflikt mit der EU nicht außer Acht gelassen werden. Zum einen hat die EU Vertragsverletzungsverfahren wegen Diskriminierung gegen die beiden Länder eingeleitet, beispielsweise wegen der beschlossenen Informationsbeschränkung über Homosexualität und Transidentität in Ungarn oder den selbsternannten „LGBTQ-freien Zonen“ in Polen.<sup>14</sup> Zum anderen ist seit 2021 ein neuer

Rechtsstaatsmechanismus in Kraft, der es erlaubt die Nicht-Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien - in Ungarn und Polen vor allem die Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz - zu ahnden. Nach der Abweisung der Klage der beiden Länder steht der Kommission nichts mehr im Weg, solche Verfahren zu eröffnen. Dies könnte die Zurückhaltung von Milliardenbeiträgen aus dem Haushalt der EU für die beiden Länder bedeuten und ihre nationalen Machtsysteme massiv beschädigen.<sup>15</sup> Wegen der Ankündigung eines Verfahrens gegen Ungarn sah sich Orbans Regierung im Sommer 2022 gezwungen mit der EU ein Reformpaket gegen Korruption zu verhandeln, um den Mittelkürzungen zu entgehen. Finanzieller Druck scheint also zu wirken, dennoch gehen die angekündigten Reformen Expert\*innen nicht weit genug.<sup>16</sup> Auch gegenüber der polnischen Regierung wird mit der Zurückhaltung von Geldern aus dem EU-Budget 2021-2027 in Höhe von 75 Bio. € gedroht. Wirtschaftlich wäre ein solches Szenario für die polnische Regierung sicherlich ein Desaster, die politischen Konsequenzen bleiben abzuwarten.<sup>17</sup> Da die Streichung von Geldern der Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten der EU benötigt, ist es nur logisch, dass Fidesz und PiS als Protagonist\*innen auf der Bühne der europäischen Rechten auf Verbündetensuche sind. Mit einer Neuordnung im europäischen Parlament steht für die PiS mit 24 Abgeordneten jedoch auch die gefestigte Macht- und Entscheidungsposition in der EKR-Fraktion auf dem Spiel. Die zwölf Abgeordneten der ungarischen Fidesz hingegen sind aktuell in keiner Fraktion, was durchaus Macht- und Ressourcenverlust im EU-Parlament bedeutet. Sie dürften deshalb an einer Mitgliedschaft in einer anderen oder neuen Fraktion interessiert sein.<sup>18</sup>

## NORMALISierter RECHTSRADIKALISMUS IN FRANKREICH UND ITALIEN

Der französische **„Rassemblement National“ (RN; dt.: Nationale Versammlung)**, früher „Front National“ (FN; dt.: Nationale Front) ist wohl die am besten verankerte rechtsradikale Partei in Westeuropa. 1972 von Jean-Marie Le Pen gegründet erhob die Partei Führungsanspruch in der französischen Rechten. 2002 erreichte Le Pen erstmals den zweiten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl, stand jedoch

11 rnd (11.01.2022), Parlamentswahl in Ungarn: Am 3. April entscheidet sich, ob Orban Ministerpräsident bleibt

12 Vichtl, Wolfgang (04.04.2022), Keine Experimente, in: tagesschau

13 Pietraszkiewicz, Marcin (30.01.2022), Polen: Der rechte Monolith bröckelt, in TELEPOLIS

14 tagesschau (15.07.2021), EU geht gegen Ungarn und Polen vor

15 ZEIT ONLINE (16.02.2022), Ungarn und Polen verlieren Streit um Rechtsstaatsmechanismus

16 Kapern, Peter/ Voigt, Nina (21.09.2022), Wie soll die EU mit Ungarn umgehen?, in: Deutschlandfunk

17 Skolimowski, Piotr (17.10.2022), Polish Row With EU Worsens With \$73 Billion in Aid At Risk, in: Bloomberg

18 VoteWatch Europe (06.04.2021), Scenarios: implications of the new Fidesz-PiS-Lega alliance

wegen antisemitischer und rassistischer Äußerungen des Parteichefs immer wieder unter Druck. Nachdem Marine Le Pen, die Tochter des Parteigründers, 2011 den Parteivorsitz der Partei übernahm, leitete sie eine Phase strategischer Mäßigung und Modernisierung ein.<sup>19</sup> Trotz erheblichen Erfolgen unterlag Le Pen wegen des dezidiert anti-europäischen Kurses dem liberalen Emmanuel Macron bei den Präsidentschaftswahlen 2017. Daraufhin erfolgte die Umbenennung zu „Rassemblement National“ und ein weiterer Versuch, der Partei ein bürgerliches Image zu geben.<sup>20</sup> Die Forderung eines Austritts aus dem Euro verwarf der RN kurz vor den Europawahlen 2019, auch die EU-Austrittsforderungen sind mittlerweile verklungen. Vielmehr ist nun die Rede von einer EU als „Vereinigung freier Nationen“.<sup>21</sup>

Der RN profitiert von gesellschaftlicher und auch gewerkschaftlicher Spaltung und genießt starke Unterstützung in der Arbeiter\*innenklasse.<sup>22</sup> Insgesamt ist die Wähler\*innenschaft aber sehr heterogen, so kommt Unterstützung ebenso aus industrieller und kommerzieller Bourgeoisie, sowie dem Kleinbürgertum. Diese Allianz speist sich zum einen aus dem Fehlen eines einheitlichen wirtschafts- und arbeitspolitischen Programms und zum anderen aus den verbindenden Elementen des Rassismus, der Anti-Immigrationspolitik, des Fokus auf Innere Sicherheit und der Ablehnung marginalisierter Gruppen.<sup>23</sup>

2022 trat Le Pen erneut gegen Macron an, hatte aber mit ihren rhetorischen Mäßigungen zunächst Platz für eine weitere Konkurrenz von rechts in der Person des ultrarechten Scharfmachers Éric Zemmours gemacht.<sup>24</sup> In den letzten Tagen vor dem ersten Wahlgang am 10. April zeichnete sich dann jedoch immer deutlicher ein Dreierwettkampf zwischen Macron, Le Pen und dem linken Jean-Luc Mélançon ab. Letzterer verpasste allerdings den zweiten Wahlgang am 24. April, in dem sich Macron erneut gegen Le Pen durchsetzte. Trotzdem konnte die radikale Rechte ihr Ergebnis deutlich verbessern, mehr als 40 % der Wähler\*innen stimmten für Le Pen.<sup>25</sup> Das Ergebnis sollte weniger als Sieg für Macron und eher als demokratische Mehrheit gegen Le Pen verstanden werden. Gerade Macrons

neoliberale und autoritäre Politik und die fortschreitende mediale und politische Normalisierung rechtsradikaler Positionen bilden den Nährboden für Frankreichs weiter erstarkende Rechte.<sup>26</sup> Eine neue Qualität erreichte die Normalisierung, als Macrons Partei „Renaissance“ nach der verlorenen Parlamentswahl im Juni 2022 ankündigte, mit dem FN zusammenzuarbeiten – ein Tabubruch in der französischen Geschichte.<sup>27</sup>

Trotzdem die Präsidentschaft Le Pens abgewendet werden konnte, ist die französische radikale Rechte so stark wie nie. Sie war mit ihrer rhetorischen Mäßigung scheinbar erfolgreich und wird weiter nach rechter Vernetzung in Europa streben. Gerade weil die Fraktionspartner der italienischen Lega schwächeln und die AfD exkludiert wird, könnte sie sich in Fidesz und PiS neue Verbündete suchen. Aktuell ist der RN mit 19 Abgeordneten treibende Kraft in der ID-Fraktion.<sup>28</sup>

Am 26.10.2022 ging die rechtsradikale Parteichefin der **„Fratelli d’Italia“ (dt.: Brüder Italiens)** Giorgia Meloni als Siegerin aus den italienischen Wahlen hervor. Die Entrüstung antifaschistischer Kräfte weltweit über diese „Rückkehr des Faschismus“<sup>29</sup> darf aber den jahrelangen Normalisierungsprozess der italienischen radikalen Rechten nicht vergessen.

In Italien wurde der Aufstieg rechtsradikaler Parteien durch eine große Krise des Parteiensystems in den 1990er Jahren begünstigt, die etablierte Strukturen umwarf. Es folgte eine Phase der Bipolarität zwischen einem progressiven und einem rechten Lager unter Einfluss von Silvio Berlusconi. In dieser Zeit kam es auch zum Aufstieg der **„Lega“ (dt.: Liga)**, die als secessionistische Partei gegründet für die Unabhängigkeit Norditaliens eintrat. Zwar wurde der Sezessionismus nicht verworfen, aber unter Matteo Salvini bewegte sich die Lega immer weiter nach rechts und fokussierte die Hetze gegen Geflüchtete und Migrant\*innen. In den 2010er Jahren gewann auch die Fünf-Sterne-Bewegung an Bedeutung, mit der die Lega 2018 schließlich eine Koalition einging. Die Stabilität hielt aber nicht lange. 2019 kündigte

19 Wolf, Tanja (2019), Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa – Typologisierung und Vergleich

20 Bonse, Eric (2021), Spalten und herrschen – Rechtspopulisten in Frankreich, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Magazin Mitbestimmung 01/2021

21 Basso, Davide (21.01.2022), Le Pen will EU zu „Vereinigung freier Nationen“ machen

22 Bonse, Eric (2021), Spalten und herrschen – Rechtspopulisten in Frankreich, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Magazin Mitbestimmung 01/2021

23 Berady, Bilal (08.09.2021), Wer wählt Marine Le Pen?, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nachrichten

24 tagesschau (05.02.2022), Das rechte Duell

25 tagesschau (25.04.2022), Macron bleibt Präsident

26 Fauth, Lea (25.04.2022), Nährboden für rechte Ideologien, in: taz

27 Joeres, Annika (22.06.2022), Macron hofiert Le Pen, in: ZEIT ONLINE

28 ID-group

29 Bspw. Nachtwey, Oliver [@onachtwey, Tweet] (26.09.2022)

die Lega die Zusammenarbeit auf und das Parteiensystem kam erneut in Bewegung.<sup>30</sup>

Zuletzt Italien von einer (über)großen Koalition unter Mario Draghi regiert, in der die Lega versucht eine Doppelrolle aus Regierung und Opposition zu spielen. Diese Integration der radikalen Rechten in eine bürgerliche Regierung bei gleichzeitiger Abkehr der Lega von anti-europäischen Positionen kann als Pilotprojekt einer normalisierten Rechten gelten.<sup>31</sup>

Europapolitisch spielt die Lega eine zentrale Rolle. Bei der Europawahl 2019 fuhr sie einen Wahlsieg ein und zog mit 28 Abgeordneten ins Parlament. Sie war maßgeblich an der Gründung der ID-Fraktion beteiligt und nimmt hier eine richtungsweisende Rolle ein.<sup>32</sup> Salvini nahm außerdem an den ersten Treffen teil, die eine mögliche Neuordnung der europäischen radikalen Rechten vermuten lassen. Bei den letzten Treffen war er allerdings im Gegensatz zu den anderen Parteichefs nicht selber anwesend.

Die zweite rechtsradikale Partei aus Italien ist die schon benannte FdI, die aus postfaschistischen Bewegungen und Parteien entstanden ist. Dabei knüpft sie ideologisch und symbolisch an den italienischen Neofaschismus an und übertrifft in ihrer Agitation gegen Geflüchtete sogar die Lega.<sup>33</sup> Parteichefin Giorgia Meloni hat nach eigener Aussage ein „entspanntes Verhältnis zum Faschismus“.<sup>34</sup> Nach einem rapiden Aufstieg in nur wenigen Jahren gewannen Meloni und die FdI die italienischen Wahlen 2022 mit großem Abstand. Mit 26% Prozent der Stimmen ließen sie alle anderen Parteien weit hinter sich und besiegten im Bündnis mit der Lega und Berlusconi's Forza Italia eine ohnehin zersplitterte italienische Linke.<sup>35</sup> Trotz erster Streitigkeiten im Parteienbündnis wurde Meloni am 21.10.2022 als Ministerpräsidentin vorgeschlagen.<sup>36</sup> Während rechte, christdemokratische und konservative Kräfte die Wahlergebnisse aus Italien offen gutheißten<sup>37</sup> und rechte Zeitungen die Ereignisse relativieren<sup>38</sup> warnen Expert\*innen vor realen Konsequenzen rechtsradikaler Politiken in Italien. Die Politologin Sofia Ventura beschreibt Melonis Agenda als revolutionär im Sinne einer ‚organischen Gesellschaft‘ reaktionär

katholischer Werte, zu denen die klare Ablehnung queerer und reproduktiver Rechte gehörte.<sup>39</sup>

Fratelli d'Italia ist mit sieben Abgeordneten Teil der EKR-Fraktion<sup>40</sup> und ebenfalls bei den Treffen der radikalen Rechten in Europa dabei. Darüber hinaus kooperierte die Partei früh mit radikalen Rechten in Europa und den USA und scheint an internationaler Netzwerkbildung interessiert.<sup>41</sup> Da die FdI und die Lega nun schon auf nationaler Ebene koalieren, stünde auch auf der europäischen Ebene einer Kooperation wenig im Weg.

## AUFSTREBENDER NEUZUGANG AUS SPANIEN UND PORTUGAL, RECHTES COMEBACK IN BELGIEN

In Spanien war der parteiförmige Rechtsradikalismus lange Zeit wenig erfolgreich, es wurde diesbezüglich sogar ein Sonderweg in Europa attestiert. Dieser wurde jedoch spätestens 2019 durch den Einzug der erst 2013 gegründeten **„Vox“ (dt.: Stimme)** ins Parlament verlassen. Die Partei kann dabei durch die Verbindung aus Nationalismus und Antifeminismus Wähler\*innen gewinnen. Zum einen schließt sie an den Franco-Nationalismus an und spricht sich gegen die Autonomie- und Sezessionsbestrebungen der Regionen aus. Zum anderen steht sie für die Beschneidung reproduktiver Rechte und sexueller Selbstbestimmung. Dadurch erhält sie wichtige Unterstützung aus ultrakatholischen Kreisen, die vormals die Konservativen unterstützten.<sup>42</sup> Vox mobilisiert Wähler\*innen vor allem in konservativ geprägten Gegenden, wo sie Angst vor Immigration und „linken Ideologien“ schürt. Geschichtspolitisch bedient sie die Vorstellung der Franco-Diktatur als „großartiges Spanien“, das wieder erreicht werden soll.<sup>43</sup> Fehlende geschichtliche Aufarbeitung und geschickte mediale Inszenierung machen Vox auch bei jungen Menschen, insbesondere solchen, die die Franco-Diktatur nicht erlebt haben, beliebt. Dabei wird verschwiegen, dass die Partei sich nicht nur aus enttäuschten Konservativen, sondern auch ganz

30 Ignazi, Piero (2019), Parteiensystem und Parteienwettbewerb in Italien, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung

31 Nowak, Peter (22.05.2021), So wird die Rechte zum Garanten für die EU, in: Telepolis

32 ZEIT ONLINE (13.06.2019), Rechtspopulisten bilden fünfgrößte Fraktion im EU-Parlament

33 Braun, Michael (07.03.2018), Gerne das Bad Girl, in: taz

34 Seisselberg, Jörg (03.01.2022), Wenn Mussolini kein Tabu mehr ist, in: tagesschau.de

35 Kirby, Paul (26.09.2022), Giorgia Meloni: Italy's far-right wins election and vows to govern for all, in: BBC

36 Seisselberg, Jörg (21.10.2022), Meloni als Regierungschefin vorgeschlagen, in: tagesschau

37 EPP [@EPP, Tweet] (26.09.2022)

38 Rüb, Matthias (26.09.2022), Meloni ist nicht die Teufelin, in: FAZ

39 Braun, Michael (18.09.2022), „Sie strebt den Umbau rückwärts an“, in: taz

40 EKR-Fraktion

41 Democratic Audit UK (27.02.2020), The case of Fratelli d'Italia: how radical-right populists in Italy and beyond are building global networks

42 Achtelik, Kirsten (02.06.2020), Der Aufstieg von Vox, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Gunda Werner Institut

43 Rubio-Pueyo, Vincente (2019), Vox: Eine neue rechtsextreme Partei in Spanien?, hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung New York Office

erheblich aus Kadern der radikalen Rechten und Neofaschist\*innen speist.

Bemerkenswert ist nicht nur der schnelle Erfolg der Partei, sondern auch die Zusammenarbeit mit der konservativen „Partido Popular“ bei der Regierungsbildung nach den Regionalwahlen in Andalusien - der erste große Erfolg von Vox - und bei einer gemeinsamen Demonstration gegen die katalanische Unabhängigkeit. Schon nach wenigen Jahren ist Vox damit eine politische Diskursverschiebung nach rechtsaußen und die Normalisierung rechtsradikaler Positionen gelungen.<sup>44</sup> Bei den Parlamentswahlen 2019 erreichte Vox schon 15% und wurde drittstärkste Kraft.<sup>45</sup> Steigende Umfragewerte und die kriselnde linke Regierung<sup>46</sup> geben Anlass für Spekulationen über eine Regierungsbeteiligung nach den nächsten Wahlen 2023<sup>47</sup> - trotzdem Vox mit dem neoliberalen Paradigma nicht bricht.<sup>48</sup> Die Koalition mit den Konservativen auf regionaler Ebene in Kastilien-Leon und damit die erste Regierungsbeteiligung der radikalen Rechten lassen nichts Gutes erhoffen.<sup>49</sup> Wegen einiger Enthüllungen und politischer Skandale ist die politische Situation in Spanien generell labil und unvorhersehbar.<sup>50</sup>

Vox ist schon jetzt international gut vernetzt<sup>51</sup> und zeigt sich engagiert im Prozess um die Zusammenarbeit der radikalen Rechten auf europäischer Ebene, wie das Treffen in Madrid auf Einladung der Vox Ende Januar 2022 zeigt. Die Partei ist aktuell mit vier Abgeordneten in der EKR-Fraktion vertreten.<sup>52</sup> Deutlich bessere Wahlergebnisse verweisen allerdings auf möglichen Zuwachs bei der nächsten Europawahl.

Eine weitere Partei, die zukünftig eine Rolle spielen könnte, ist die portugiesische „**Chega!**“ (dt. **Es reicht!**), die bei den Wahlen Anfang 2022 einen beachtlichen Erfolg einfuhr. Erst 2019 gegründet wurde sie nach den Sozialdemokrat\*innen und den Konservativen drittstärkste Kraft in Portugal.<sup>53</sup> Zwar ist die Chega! bisher weder im EU-Parlament vertreten, noch war sie an den Treffen der anderen

rechtsradikalen Parteien beteiligt, sie sollte trotzdem als ein möglicher zukünftiger Player beachtet werden.

Kein Neuzugang, aber erneut aufstrebend ist der belgische bzw. flämisch-nationalistische „**Vlaams Belang**“ (VB; dt.: **Flämische Interessen**). Nach Erfolgen bis in die frühen 2000er Jahre verlor dieser in den Folgejahren Stimmen. Dazu führten zum einen eine Regierungsbeteiligung der gemäßigeren „**N-VA**“ und – ähnlich wie in Dänemark – die Umsetzung vieler Forderungen nach restriktiver Asyl- und Migrationspolitik durch andere Parteien.<sup>54</sup> Seit 2019 ist allerdings eine erneute Kehrtwende zu beobachten. In Umfragen liegt der VB stabil bei ca. 20% in Flandern und ist damit zweitstärkste Kraft.<sup>55</sup> Inhaltlich positioniert sich der VB neben der Ablehnung des belgischen Staates EU-kritisch bzw. souveränistisch, islamfeindlich und als Verteidiger der bürgerlichen Kleinfamilie.<sup>56</sup> Außerdem opponiert der VB gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Belgien.<sup>57</sup> Aktuell sind drei Abgeordnete des VB in der ID-Fraktion vertreten, es könnten nach aktuellen Umfragen aber mehr werden.<sup>58</sup>

## DAS NORDISCHE MODELL? RADIKALE RECHTE IN DÄNEMARK, SCHWEDEN UND FINNLAND

Lange als Orte der Demokratie und Liberalität wahrgenommen, hat sich der parteiförmige Rechtsradikalismus auch in den nordeuropäischen Ländern etabliert und ist zum festen Bestandteil der Parteiensysteme geworden. Das „nordische Modell“ zeichnet sich besonders durch zwei Aspekte aus: Die Entwicklung von radikal auftretenden Protestparteien zu gemäßigten politischen Kräften, die für Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereitstehen; und die Inszenierung als Verteidiger des Wohlfahrtsstaates bzw. die tatsächliche Abkehr vom neoliberalen Paradigma. Dabei spielen sie besonders die Soziale Frage gegen die der Migration aus. Der Umgang mit den rechtsradikalen Parteien bzw. ihre

44 ARTE Reportage (26.04.2019), Spanien: Vox - die Stimme von Rechtsaußen

45 Hedgecoe, Guy (11.11.2019), Spanish elections: How the far-right Vox party found its footing, in: BBC News

46 Streck, Ralf (07.02.2022), Arbeitsmarktreform: Spanische Regierung am Abgrund, in: Telepolis

47 Galloway, Heather (24.01.2022), Is Spain's far-right Vox Party about to govern for the first time?, in: euronews

48 Rubio-Pueyo, Vincente (2019), Vox: Eine neue rechtsextreme Partei in Spanien?, hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung New York Office

49 Streck, Ralf (12.02.2022), Tabubruch in Spanien: Rechtsextreme Vox-Partei erstmals in einer Regionalregierung, in: Telepolis

50 Leiser, Eckart (25.04.2022), In Spanien überschlagen sich die Ereignisse, in: der Freitag

51 Rubio-Pueyo, Vincente (2019), Vox: Eine neue rechtsextreme Partei in Spanien?, hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung New York Office

52 EKR-Fraktion

53 Janker, Karin (31.01.2022), Doch nicht immun gegen rechts, in: Süddeutsche Zeitung

54 Roctus, Dirk (2019), Rechtspopulismus in Belgien, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.), Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 217 - 241

55 POLITICO, Poll of Polls, Belgium (Stand 10.11.2022)

56 Roctus, Dirk (2019), Rechtspopulismus in Belgien

57 vrtNWS (30.01.2022), Vlaams Belang fordert Abschaffung von Covid Safe Ticket und restriktiven Maßnahmen

58 ID-group

jüngere Entwicklung fällt in den Ländern allerdings unterschiedliche aus.<sup>59</sup>

Die **„Dansk Folkeparti“ (DF; dt.: Dänische Volkspartei)** wurde 1995 gegründet, fuhr schon nach wenigen Jahren erste Erfolge ein und wurde 2015 zweitstärkste Kraft in Dänemark. Zwar war sie nie selbst an der Regierung beteiligt, stützte aber mehrfach Minderheitenregierungen und konnte so einen erheblichen Einfluss auf das politische Geschehen in Dänemark nehmen. Sie verbindet konservativen Nationalismus und rassistische Migrations- und Innenpolitik mit sozialstaatlichen Garantieverprechen und generierte so eine breite Wähler\*innenbasis. Als „Partei des Sozialstaates“ bekam sie Zulauf von rechts und links und wurde stärkste Kraft bei Arbeiter\*innen. Im nationalen Parteiengefüge strebte die DF einen starken Mitte-Kurs an und arbeitete mit Sozialdemokratie und sogar Sozialist\*innen zusammen.<sup>60</sup> Dies führte zum einen zu einer deutlichen Diskursverschiebung nach rechts mit eklatanten realpolitischen Auswirkungen besonders in der Migrationspolitik und zum anderen zum Aufkommen von Parteien rechts der DF mit Verbindungen in die Neonazi-Szene. Die Politikverschiebung der dänischen Sozialdemokratie, welche die Migrationspolitik der DF in den letzten Jahren fast vollständig übernommen hat, und die Konkurrenz von rechts scheinen das Original mittlerweile überflüssig zu machen.<sup>61</sup> Die DF stürzte in den nationalen Wahlen 2019 von 21% auf 8,7% ab<sup>62</sup> und erreichte auch bei der Europawahl lediglich 10,76%<sup>63</sup>. Die schwächelnde Partei könnte an Zusammenarbeit und Vernetzung interessiert sein, um die eigene Position zu stärken. Ihr Einfluss mit vier Abgeordneten in der ID-Fraktion sollte trotzdem nicht überschätzt werden.<sup>64</sup>

Mit der **„Perussuomalaiset“** (dt.: Basisfinnen oder wahre Finnen) bzw. seit 2012 **„PeruS“** (dt.: die Finnen) hat sich auch in Finnland 1995 eine heute etablierte rechtsradikale Partei gegründet. Die Partei konnte ihre Wahlergebnisse in den 2010er Jahren kontinuierlich steigern und wurde 2015 Teil der

finnischen Regierung.<sup>65</sup> Da sie allerdings wenig Einfluss auf Migrations- und EU-Politik hatte, führte die Regierungsbeteiligung zu Verlusten und zur Spaltung der Partei. Ab 2019 konnte PeruS wieder an Zustimmung gewinnen, mittlerweile liegt sie bei etwa 17%.<sup>66</sup> Die weitere Entwicklung von PeruS wird wohl maßgeblich von der Politik und dem Erfolg der jungen, progressiven Mitte-links Regierung abhängen. Der russische Krieg gegen die Ukraine beeinflusst die politische Situation in Finnland wegen der Nachbarschaft und den historischen Verflechtungen mit Russland massiv. Die Regierung kündigte eine Bewerbung um die NATO-Mitgliedschaft Finnlands an<sup>67</sup>, was für linke Kräfte ein Überdenken voriger Positionen bedeutete. Auch die radikale Rechte befürwortet diesen Schritt.<sup>68</sup> PeruS ist mit zwei Abgeordneten in der ID-Fraktion vertreten.<sup>69</sup>

Anders als die rechtsradikalen Parteien in den übrigen skandinavischen Ländern entstanden die **„Sverigedemokraterna“** (dt.: Schwedendemokraten) im neonazistischen Milieu. Die Partei schlug einen Mitte-Kurs ein, wodurch sie sich in den letzten Jahren in Schweden etablieren und erheblichen Einfluss auf die schwedische Politik ausüben konnte. Der Diskurs verschiebt sich stetig nach rechts und andere Parteien übernehmen restriktive migrations- und asylpolitische Forderungen.<sup>70</sup> In der Migrations- und inneren Sicherheitspolitik haben fast alle Parteien mittlerweile einen mehr oder weniger rechten Kurs eingeschlagen.<sup>71</sup> Trotzdem die bis zur Wahl 2022 amtierende sozialdemokratische Ministerpräsidentin zu klassisch sozialdemokratischen Positionen in sozialstaatlichen Fragen zurückkehrte, profitierten schließlich rechte Kräfte von der Diskursverschiebung. Der rechte Block der Moderaten, Christdemokrat\*innen und Rechtsliberalen in erstmaliger offener Kooperation mit den Schwedendemokraten konnte die Wahl im September 2022 für sich entscheiden. Obwohl die sozialdemokratische Partei sogar leichte Zugewinne erzielen konnte, waren die einzig wahren Sieger der Wahl die Schwedendemokraten. Das Ergebnis reiht sich in den fortschreitenden Prozess der Verluste der

59 Etzold, Tobias (14.03.2019), Wie sich rechte Parteien in Skandinavien etabliert haben, in: Zentrum Liberale Moderne

60 Johansen, Inger V. (2018), Die Dänische Volkspartei und „rechtsradikaler Pragmatismus“

61 Jupskas, Anders Ravik (06.06.2019), Why did the Danish People's Party lose more than fifty percent of its votes?, in: University of Oslo, Faculty of Social Sciences, C-REX - Center for Research on Extremism

62 deutschlandfunk (05.06.2019), Parlamentswahl in Dänemark / Sozialdemokraten liegen vorn

63 Europäisches Parlament (25.09.2019), Ergebnisse der Europawahl 2019, Dänemark

64 ID-group

65 Wiberg, Matti (2017), Der Populismus der „(Wahren) Finnen“ in Finnland: kein Grund zu übertriebener Sorge

66 POLITICO Poll of Polls, Finland (Stand 10.11.2022)

67 tagesschau (26.04.2022), Schweden und Finnland wollen NATO beitreten

68 Ahponen, Tatu (15.04.2022), Finnland ist kurz davor der NATO beizutreten, in: JACOBIN

69 ID-group

70 Bigalke, Silke (02.09.2018), Wie Rechtspopulisten Schweden verändern, in: Süddeutsche Zeitung

71 Oskarson, Maria (10.12.2021), Mehr links wagen, in: ipg-journal

großen Parteien der Mitte (Sozialdemokratie und Moderate) zugunsten der radikalen Rechte ein, die mittlerweile zweitstärkste schwedische Partei sind.<sup>72</sup> Zwar sind die Schwedendemokraten nicht nur Minister\*innen an der neuen Regierung behandelt, diese ist aber auf ihre Unterstützung angewiesen. Schon die rassistischen und autoritären migrationspolitischen Vorhaben im Koalitionsvertrag zeigen den Einfluss der radikalen Rechten in der neuen schwedischen Regierung.<sup>73</sup>

Gemeinsam mit der finnischen hat auch die schwedische Regierung eine Bewerbung um NATO-Mitgliedschaft angekündigt, die radikale Rechte scheint ihre Gegner\*innenschaft zur NATO aufzugeben.<sup>74</sup> Die Schwedendemokraten sind mit drei Abgeordneten in der EKR-Fraktion<sup>75</sup> vertreten, sind aber bisher weder Mitglied des Bündnisses, noch waren sie bei Vernetzungstreffen anwesend. Wegen ihres Machtzugewinns stellen sie aber durchaus einen interessanten Bündnispartner für andere rechtsradikale Parteien dar.

Anhand der nordischen radikalen Rechten ist erkennbar, dass ein Mitte-Kurs und Kooperation mit bürgerlichen Kräften durchaus für politische (Diskurs-) Macht sorgen kann, die sich beispielsweise in einer restriktiven Migrationspolitik äußert. Verantwortungsbüro und Regierungsbeteiligungen können jedoch auch die Rolle der Protestopposition, mit der die radikale Rechte mobilisiert, unglaubwürdig machen und Stimmverluste bedeuten.

## RECHTE REGIERUNGSERFAHRUNG AUS ÖSTERREICH, ESTLAND UND SLOWENIEN

Die „**Freiheitliche Partei Österreichs**“ (FPÖ) gehört zu den ältesten rechtsradikalen Parteien Europas und gründete sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem Auffangbecken für Nazis. Nach Erfolgen und Regierungsbeteiligungen bis in die frühen 2000er Jahre, verlor die FPÖ zunächst Stimmen. Hans-Christian Strache verhalf der Partei mit einem strammen Rechtskurs zu neuer Stärke und 26% im

Jahr 2018 nach sinkenden Ergebnissen in den 2000er Jahren.<sup>76</sup> Die daraufhin eingegangene Koalition mit der „Österreichischen Volkspartei“ (ÖVP) endete im Mai 2019 mit der „Ibiza Affäre“, bei der Strache der Korruption überführt wurde.<sup>77</sup> Nach Parteiausschluss von Strache und Verlusten bei den Neuwahlen 2019 strebte die FPÖ unter Norbert Hofer wieder Richtung 20%, bis dieser schließlich Mitte 2021 wegen internen Streitigkeiten mit dem radikalen Flügel um Herbert Kickl zurücktrat und letzterer den Parteivorsitz übernahm.<sup>78</sup>

Die FPÖ besitzt ein großes Zustimmungsspektrum auch in der Arbeiter\*innenschaft, während Funktionäre eher aus dem gehobenen Bürgertum und dem Burschenschaftsumfeld rekrutiert werden. Wie in anderen rechtsradikalen Parteien steht eine uneindeutige wirtschaftspolitische Ausrichtung einer offenen Ablehnung von Migration, traditionalistischen gesellschaftspolitischen Forderungen und diskriminierender Agitation nach.<sup>79</sup> Österreich steckt aktuell in einer tiefen politischen Krise: Rücktritt des Kanzlers Sebastian Kurz, gefälschte Umfragen, Korruption, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, Umschichtung in der Regierung. Dazu kommen die starken Auswirkungen der Corona-Pandemie und eine mobilisierungsstarke und rechtsradikal durchgesetzte Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen. Letztere erfährt auch Unterstützung der FPÖ.<sup>80</sup> Der populistische Politikstil prägt das österreichische Parteiensystem und die letzten Regierungen.<sup>81</sup> Unter Ex-Kanzler Kurz hat die ÖVP einen strammen Rechtskurs gegen Immigration eingeschlagen und in der Regierungspraxis können Tendenzen zu Machtkonzentration und Angriffen auf demokratische Kontrollinstanzen ausgemacht werden.<sup>82</sup>

Trotz einiger gegensätzlicher Töne gab es niemals eine EU-Austrittsforderung<sup>83</sup>, vielmehr war die FPÖ schon immer im europäischen Zusammenarbeiten der radikalen Rechten bemüht und ist international vernetzt. Auch im Zuge der aktuellen Kooperationsdynamiken äußerte sich die FPÖ sehr optimistisch.<sup>84</sup> Sie bringt zudem mehrfache Regierungserfahrung mit und ist durchaus etabliert im nationalen Parteiensystem. Deshalb darf ihre Rolle

72 Nilsson, Petter/ Warlenius, Rikard (14.09.2022), Schweden: Rechte Koalition gewinnt Wahl ganz knapp, in: Rosa Luxemburg Stiftung Büro Brüssel

73 Strittmatter, Kai (17.10.2022), Der ultrarechte Schatten des neuen schwedischen Premiers, in: Süddeutsche Zeitung

74 Åkesson, Jimmie (09.04.2022), Schwank zur Nato? Schweden könnte Finnland folgen, in: Die Presse

75 EKR-Fraktion

76 Rauscher, Hans (26.01.2018), Eine kurze Geschichte der FPÖ, in: Der Standard

77 ZEIT ONLINE (08.04.2021), Mutmaßlicher Urheber des Strache-Videos kritisiert Ermittler

78 zdfheute (01.06.2021), FPÖ-Chef Norbert Hofer tritt zurück

79 Otto, Ferdinand (28.09.2019), „Die Frage, wie rechts die FPÖ ist, stellt sich kaum noch jemand“, Interview mit Julia Partheymüller, in: ZEIT ONLINE

80 Rosa-Luxemburg-Stiftung (21.12.2021), Radikalisierte Konservatismus: Österreich zwischen Krise und rechter Rebellion, Ausnahme&Zustand #35

81 Rauscher, Hans (20.11.2021), Österreichs Politik ist „im System kaputt“. Woran liegt's?, in: DerStandard

82 Rauscher, Hans (29.05.2021), Wie viel Orban steckt in Kurz?, in: DerStandard

83 Oswald, Günther (26.10.2017), Österreichs FPÖ: Zwischen Öxit und EU als „Friedensprojekt“, in: DerStandard

84 APA-OTS (02.07.2021), FPÖ: Europaweites Großbündnis für freie Vaterländer und gegen EU-Zentralismus gegründet

trotz nur drei Abgeordneter in der ID-Fraktion<sup>85</sup> nicht unterschätzt werden.

Eine weitere rechtsradikale Kraft, die an einer nationalen Regierung beteiligt war, ist die estnische **„Eesti Konservatiivne Rahvaerakond“ (EKRE; dt.: Estnische Konservative Volkspartei)**. Sie war 2019 als drittstärkste Kraft überraschend in die Koalition mit Zentrumspartei und Konservativen eingetreten. Weil Ministerpräsident Ratas sein Versprechen, nicht mit der EKRE zusammenzuarbeiten, brach, konnte eine Partei Regierungsmacht übernehmen, deren Funktionäre schon mit Holocaustleugnung und Anpreisung des Faschismus Schlagzeilen gemacht haben.<sup>86</sup> Auf eine Regierungskrise und den Rücktritt Ratas folgte 2021 eine Neubildung der Regierung unter der liberalen Kaja Kallas unter Ausschluss der EKRE. Trotzdem gelang der EKRE eine deutliche Diskursverschiebung. Sie propagierte Queerfeindlichkeit und folgte Orban und Trump in der Infragestellung des Wahlsystems, der Justiz und der freien Presse. Wegen der kurzen Regierungsdauer und der gemäßigten Koalitionspartner konnte die EKRE diese Politiken aber nicht so implementieren wie in Polen oder Ungarn.<sup>87</sup>

Umfragen aus Februar und März 2022 zeigen allerdings deutliche Zugewinne der EKRE, zwischenzeitlich wurde sie sogar als stärkste Kraft mit bis zu 24% gelistet.<sup>88</sup> Die Partei strebt eine erneute Regierungsbeteiligung nach den nächsten Wahlen 2023 an.<sup>89</sup> Ihre Rolle sollte deshalb trotz ihres einzigen Mandats auf europäischer Ebene in der ID-Fraktion<sup>90</sup> nicht unterschätzt werden.

Außerdem ist noch die **„Slovenska demokratska stranka“ (SDS; dt.: Slowenische Demokratische Partei)** unter Janez Janša zu nennen, die seit 2020 die slowenische Regierung stellte. Janša verfolgte eine Medienpolitik nach ungarischem Vorbild und übte erheblichen Druck auf die Presse aus.<sup>91</sup> Er gilt nicht nur als Freund Orbans, sondern auch als Anhänger Trumps, dem er nach der Niederlage gegen Joe Biden zum Sieg gratulierte. Die SDS ist

außerdem in nationalistische Bündnisse auf dem Balkan verstrickt.<sup>92</sup> Der Philosoph Slavoj Žižek sprach in diesem Zuge vom Aufstieg der illiberalen Demokratie auch in Slowenien und von einer „neuen Achse des Bösen“ zwischen Polen, Ungarn und Slowenien.<sup>93</sup> Bei der Parlamentswahl am 24. April wurde die Partei jedoch abgestraft und landete nur noch bei 23,53 %. Nun werden vermutlich der Wahlsieger Robert Golob und seine grün-liberale Freiheitsbewegung eine Koalition mit der Sozialdemokratie eingehen und die neue slowenische Regierung bilden.<sup>94</sup> Trotz ihrer Abwahl und lediglich zwei Abgeordneten in der EVP-Fraktion<sup>95</sup>, bringt die SDS mit ihrer Regierungserfahrung einen gewissen Machtfaktor ins Spiel. Sollte sich eine Neuformation ergeben, könnte die SDS diese nutzen und die Fraktion wechseln.

## RECHTE KLEINPARTEIEN IM EU-PARLAMENT

Weitere Parteien, die aber auf europäischer Ebene keine große Rolle spielen, sind die niederländische **„JA21“**, die bulgarische **„Bългарско национално движение“ (dt.: Bulgarische Nationale Bewegung)**, die litauische **„Lietuvos lenkų rinkimų akcija – Krikščioniškų šeimų sąjunga“ (dt.: Wahlaktion der Polen Litauens – Bund der christlichen Familien)**, die griechische **„Ellinikí Lýsi“ (dt.: Griechische Lösung)**, und die rumänische **„Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat“ (dt.: Nationale Christdemokratische Bauernpartei)**. Sie alle unterzeichneten das erste Bündnispapier.

## UNFREIWILLIG EXKLUDIERT – DIE DEUTSCHE AFD

War die **„Alternative für Deutschland“ (AfD)** nach der Europawahl 2019 noch äußerst aktiv bei der Gründung der ID-Fraktion, sieht sie sich mittlerweile europapolitisch mehr und mehr exkludiert. Sie unterschrieb weder das gemeinsame Bündnispapier, noch war sie bei einem der folgenden Treffen anwesend. Zwar kündigte Ex-Parteichef Jörg Meuthen

85 ID-group

86 Strittmatter, Kai (29.04.2019), Estnische Präsidentin bittet um „100 Tage ohne Hass“, in: Süddeutsche Zeitung

87 Raik, Kristi (21.01.2021), Liberal Estonia is Back - With Some Lessons Learned About Engaging with Radical Right-wing Populists, in: International Centre for Defence and Security Estonia

88 Vantinen, Pekka (04.02.2022), New poll puts Estonia's populists in pole position, in: EURACTIV / POLITICO Poll of Polls, Estonia - National parliament voting intention

89 Duxbury, Charlie (01.02.2021), Estonia's far-right leader is down but not out, in: POLITICO

90 ID-group

91 Rathfelder, Erich (26.04.2021), Jansa will Presselandschaft umbauen, in: taz

92 Rathfelder, Erich (19.04.2021), Ein Papier mit Sprengkraft, in: taz

93 Akrap, Doris (22.04.2021), Die neue Achse des Bösen, in: taz

94 Roser, Thomas (25.04.2022), „Ein bisschen rechts und ein bisschen links“, in: Der Tagesspiegel

95 EVP-Fraktion



an, die AfD würde dem Bündnis in naher Zukunft beitreten und unterstütze die Bestrebungen zur Kooperation ausdrücklich, allerdings war schon vorher bekannt, dass die Fidesz nicht an einer Zusammenarbeit interessiert sei.<sup>96</sup> Die Forderung nach einem Austritt aus der EU biete keine Grundlage für eine europäische Zusammenarbeit, ließ eine Fidesz-Sprecherin verlauten. Auch RN und Vox äußerten sich ähnlich. Die PiS betont immer wieder wegen geschichtsrevisionistischer und pro-russischer Positionen nicht mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen.<sup>97</sup> Interessanterweise hatte Meuthen beim Parteitag, auf dem der Beschluss zum Austritt Deutschlands aus der EU gefasst wurde, die ganze Situation quasi vorausgesehen und eine Austrittsforderung abgelehnt, wurde aber von der Mehrheit der Delegierten überstimmt.<sup>98</sup> Aktuell scheint nichts darauf hinzudeuten, dass die AfD in künftigen Kooperationen oder Bündnissen inkludiert wäre. Was nicht bedeutet, dass sie nicht davon profitieren kann.

Die wichtigsten Akteure sind also ungarische Fidesz, die polnische PiS, die italienische Rechte mit Lega und Fratelli d'Italia, der französische Rassemblement National und die spanische Vox. Die nordischen Parteien spielen eher eine untergeordnete Rolle, wie andere können aber Erfahrung einbringen. Auch weitere Parteien mit Regierungserfahrung können eine Rolle spielen. Im Hinblick auf die nächste Europawahl sind besonders die aufstrebenden Kräfte im Auge zu behalten.

<sup>96</sup> Meyer, Robert D. (05.07.2021), Allianz ohne AfD, in: neues deutschland

<sup>97</sup> Mützel, Daniel (11.07.2021), Er lässt die AfD nicht mitspielen, in: t-online

<sup>98</sup> Phoenix (11.04.2021), AfD-Parteitag: Die Debatte zum EU-Austritt Deutschlands



## WAS VERBINDET SIE?

Um mögliche Allianzen in der radikalen Rechten zu verstehen, müssen wir die gemeinsame ideologische Basis verstehen, auf der die Zusammenarbeit fußt. Dabei ist klar, dass die verschiedenen Parteien der radikalen Rechten die einzelnen Ideologieelemente verschieden gewichten und sie sich in ihrer Radikalität unterscheiden. Dennoch zeigen sie klar in eine Richtung. Die radikale Rechte will eine andere Gesellschaft und die Übergänge zwischen gemäßigten und extremen Positionen sind fließend. Gerade das macht eine Zusammenarbeit so gefährlich. Wie eine solche Gesellschaft, wie ein Europa nach radikal rechten Vorstellungen aussehen soll, kann anhand der folgenden Punkte beschrieben werden.

### RECHTER POPULISMUS, VÖLKISCHE DEMOKRATIE UND AUTORITARISMUS

Rechter Populismus meint hier eine Politik, die sich an ein „Volk“ richtet und dieses gleichzeitig als homogene Einheit mit gemeinsamen Interessen definiert. Demokratie bedeutet in dieser Ideologie nicht etwa Diskurs und Debatte, Interessenaustausch, Kompromiss oder Konsens zwischen den verschiedenen Akteur\*innen und ihren Interessen in einer Gesellschaft. Wenn „das Volk“ eine homogene Einheit ist, dann gibt es auch einen einheitlichen „Willen des Volkes“, der einfach entdeckt und umgesetzt werden muss. Diese Vorstellung kann auch als völkische Demokratie beschrieben werden. Das so definierte Volk braucht dabei die Abgrenzung auf zwei Dimensionen. Zum einen grenzt sich das Volk horizontal gegen die rassistisch definierten Anderen ab, zum anderen vertikal gegen die als abgehoben, korrupt und selbstsüchtig imaginierten Eliten.<sup>99</sup> Das populistische Element rechtsradikaler Ideologie kann also als „Einstellungbringen des Volkes gegen herrschende Eliten“<sup>100</sup> verstanden werden. Diese Form der Elitenkritik schließt dabei auch an Verschwörungstheorien und damit an strukturelle Formen des Antisemitismus an. Wie fließend der

Übergang zum offenen Antisemitismus ist, zeigen einige Beispiele der hier analysierten Parteien.

Im Endeffekt ist dieses populistische Verständnis von Volk und Demokratie nicht demokratisch, sondern autoritär. Denn wenn der Wille des homogenen Volkes einfach existiert, braucht es nur eine charismatische Führung, die ihn erkennt und authentisch vertritt. Der Personenkult um einige Führer\*innen der radikalen Rechten in Europa und Befragungen, die zeigen, dass Wähler\*innen rechtsradikaler Parteien zu autoritären Einstellungen tendieren, deuten auf diesen Autoritarismus. Schließlich spiegelt sich das auch in hierarchischen Organisationsformen, die eigentlich im Gegensatz zum Selbstverständnis als Bewegung und den Anknüpfungsversuchen an tatsächliche soziale Bewegungen stehen.<sup>101</sup>

### (NEO)RASSISMUS UND MIGRATION

Das wohl wichtigste und mobilisierungstärkste Ideologieelement der radikalen Rechten in Europa ist ihr Rassismus und die Ablehnung von Immigration. Der zeitgenössische Rassismus argumentiert eher mit „Kulturen“ als mit „Rassen“, weshalb auch vom Neorassismus gesprochen wird. Kulturen sind aber in dieser Ideologie trotzdem unveränderliche Eigenschaften von Menschen. Die „fremde Kultur“ und die „ihr zugehörigen Menschen“ werden als rückschrittlich, unaufgeklärt usw. beschrieben. Ganz im Gegensatz zur „eigenen Kultur“, die mit Freiheit und Fortschritt verbunden wird. Das wichtigste Feindbild im modernen Rassismus ist der Islam. Dieser sei unvereinbar mit der „eigenen Kultur“ oder den „eigenen Werten“.

Eine besondere Dynamik erhält der moderne Rassismus im Kontext von Migration, bei dem der Zuzug von Menschen („aus anderen Kulturen“ bzw.

<sup>99</sup> Spier, Tim (2014), Was versteht man unter „Populismus“?, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtspopulismus

<sup>100</sup> Decker, Frank/Lewandowski, Marcel (2017), Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien

<sup>101</sup> Spier, Tim (2014), Was versteht man unter „Populismus“?

„muslimischen Menschen“) mit Gewalt, Kriminalität und Gefahren verbunden und so zu einem Thema der Sicherheit gemacht wird. Außerdem werden Ängste vor den Auswirkungen von Migration auf den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat geschürt. Wichtig ist auch die Verbindung von Rassismus und Sexismus in der Ideologie der radikalen Rechten. Obwohl ihr eigenes Weltbild patriarchal, traditionalistisch und sexistisch ist, schreiben sie rassifizierte bzw. migrantischen Männern patriarchale Gewalt zu und inszenieren sich als Beschützer\*innen der „heimischen“ (weißen) Frauen. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene mündet der Rassismus der radikalen Rechten in Verschwörungsphantasien vom „Großen Austausch“ oder der „Islamisierung des christlich-jüdischen Abendlandes“.<sup>102</sup>

## ANTIFEMINISMUS UND QUEERFEINDLICHKEIT

Die radikale Rechte sieht ihr imaginiertes Volk aber nicht nur von außen, sondern auch von innen bedroht. Dabei stelle der Feminismus oder in ihrer Sprache die „Gender-Ideologie“ eine Gefahr für die „natürliche Geschlechterordnung“ und damit für die „Reproduktion des Volkes“ dar. Darin sieht sie einen Teil des gesellschaftlichen Niedergangs, der verhindert werden muss. Die Idee der bürgerlichen Kleinfamilie als Basis einer funktionierenden Gesellschaft und eine darauf ausgerichtete Sozial- und Familienpolitik, die von der radikalen Rechten propagiert wird, findet auch in konservativen (und stark religiös geprägten) Kreisen Anklang. Oft stellen die Forderungen nach traditionellen Geschlechterverhältnissen, die Ablehnung reproduktiver und sexueller Selbstbestimmung, sowie die Queerfeindlichkeit Brücken zum politischen Konservatismus dar.<sup>103</sup>

## KRISE DER EU UND DAS RECHTE NARRATIV

Wichtig für die Zusammenarbeit und Vernetzung der radikalen Rechten auf europäischer Ebene, ist aber besonders ihre Sichtweise auf die EU. Lange Zeit war ein Bild der EU vorherrschend, das sie mit Frieden und Fortschritt verband. Heute jedoch erscheint die

EU als Krisenphänomen: Krise des neoliberalen Paradigmas, Krise europäischer Identität, politische Desintegration. Diese Krisen werden von radikal rechten Akteur\*innen genutzt, um ein Gegenbild zu entwerfen: kein anti-europäisches, sondern ein völkisch-europäisches. Besonders deutlich wird dies an Slogans wie „Europa verteidigen“ oder „Festung Europa“. Dieses Europabild beruht auf Feindbildern des Islams auf der einen Seite und „des Westens“ als eine bestimmte Ausgestaltung der EU auf der anderen Seite. „Dies ist zentral für die Vernetzung sowohl (neu)rechter Akteur\*innen untereinander in Europa als auch mit Teilen des Konservatismus.“

Im Weltbild der radikalen Rechten wird die Ausgestaltung der EU als zentralistisches, bürokratisches und technokratisches Herrschaftsmodell liberaler Eliten mit dem Ziel des Aufbaus eines Superstaates kritisiert. Gleichzeitig sehen sie diese EU als eine Vertreterin der „kosmopolitischen Globalisierung“, die mit ihrem Universalismus die kulturellen Identitäten der europäischen Völker zerstöre. Teil dieses Universalismus sei die Ideologie des Multikulturalismus, der „Massenmigration“ und „Islamisierung“ befördere. Europa vor diesen Gefahren zu schützen sei die eigentliche Aufgabe der EU. Auch Feminismus bzw. „Gender-Ideologie“ seien Teil des westlichen Universalismus und würden die Zersetzung der „natürlichen und guten Ordnung“ vorantreiben.

Die radikale Rechte entwirft dabei einen Mythos von einem Europa der Vaterländer und souveränen Nationen mit einem gemeinsamen kulturellen Erbe, das weit über das 20. Jahrhundert und den europäischen Faschismus hinausgeht. Im Angesicht innerer und äußerer Bedrohungen müssten die Nationen zusammenarbeiten, um die Gefahren abzuwehren und den Fortbestand der europäischen Völker zu sichern.<sup>104</sup>

Waren in den letzten Jahren verschiedene organisatorische Gegenentwürfe vorhanden, deuten die aktuellen Entwicklungen in Richtung einer gemeinsamen Strategie: Der Veränderung von innen.

An zwei Dokumenten kann die Ideologie der radikalen Rechten und ihr Europabild nachvollzogen werden. Das Gründungsdokument des „Bündnisses gegen den EU-Zentralismus“ aus dem Juli 2021 legt ein grundsätzliches Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit und ihren Erfolgen hinsichtlich Frieden, Sicherheit und Entwicklung ab. Doch der

<sup>102</sup> Roepert, Leo (2021), Niedergang des Eigenen, Invasion der Fremden. Zum Verhältnis von Rassismus und Rechtspopulismus

<sup>103</sup> Gäbelein, Tanja (2016), Noch konservativ oder schon rechtsradikal? Der neurechte Antifeminismus der AfD

<sup>104</sup> Keil, Daniel (2019), Europa und die (neue) Rechte. Die Mehrdimensionalität der Europa-Imagination (neu)rechter Bewegungen

EU wird eine Krise attestiert, in der die Nationalstaaten ihre Souveränität verlieren. Die EU komme ihrer zentralen Aufgabe Europa und sein Erbe zu schützen nicht mehr nach. Sie „wird mehr und mehr zu einem Instrument radikaler Kräfte, die eine kulturelle und religiöse Transformation möchten und ein nationslose Konstruktion Europas möchten, die darauf zielt, einen europäischen Superstaat zu errichten, europäische Tradition zu zerstören oder zu canceln, grundlegende soziale Institutionen und moralische Prinzipien zu transformieren.“ Diese Entwicklung erfordere Widerstand. Nach dieser historischen Krisenfeststellung folgen einige Ziele, die der vorgestellten Ideologie entsprechen: Rückbesinnung auf konservativ-traditionalistische Werte, familienorientierte Bevölkerungspolitik statt „Masseneinwanderung“, Rückbau der EU-Kompetenzen und Wiederherstellung nationalstaatlicher Souveränität. Die aktuelle Krise sei die eigentliche Gefahr für europäische Zusammenarbeit und Identität, der Entwurf der Rechten ihre Rettung. Das Papier endet nicht mit einer Ablehnung der EU, sondern mit einem Aufruf zur Reform.<sup>105</sup>

Weitere Forderungen enthält die Abschlusserklärung des Treffens in Madrid im Januar 2022. Neben der Forderung nach wirtschaftlichem, energiepolitischem und militärischem Protektionismus geht es vor Allem um Migrationspolitik. Migration wird als Gefahr dargestellt, der Schutz von Europa und seinen Grenzen daraus abgeleitet. Das soll durch die Ausweitung von Abschiebungen, den Aufbau EU-interner und -externer Strukturen zur Verhinderung von Migration und die Beschneidung des Grundrechts auf Asyl erreicht werden. Außerdem wird erneut nationale Souveränität hervorgehoben und der Vorrang des nationalen Rechts vor EU-Recht gefordert.<sup>106</sup>

Im Endeffekt verschließt sich das Europabild nicht vollständig einer Zusammenarbeit und Integration im Rahmen der EU. Vielmehr zielt es auf bestimmte Bereiche, in denen Kooperation nützlich scheint, während andere Kompetenzen zurückgebaut werden sollen. Zentral ist hier die Idee der „Verteidigung Europas“ vor äußeren Gefahren. So ist es für die radikale Rechte durchaus attraktiv, eine gemeinsame, europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, die auf Abschottung und Militarisierung setzt. Zentral ist außerdem die Verhinderung von Migration und Flucht nach Europa. Dazu setzt sie auf ein Regime, das Menschen auch mit physischer Gewalt am Betreten des EU-Territoriums hindert, den

rechtlichen Status und die Lebensbedingungen von Nicht-Staatsbürger\*innen beschneidet und eine Ausweitung von Abschiebungen durchsetzt.

Auch hinsichtlich der Bekämpfung universeller, liberaler Werte und emanzipatorischen Bewegungen arbeitet die radikale Rechte international zusammen. Anschlussfähiger ist aber in gesellschaftspolitischen Fragen die Forderung nach nationaler Souveränität und Autonomie. So sollen Kompetenzen der EU, die in innere Angelegenheiten der Mitgliedstaaten betreffen, weitgehend zurückgebaut und die Dominanz nationaler Gerichtbarkeit wiederhergestellt werden. Auch die demokratischen Strukturen der EU sollen abgeschafft werden, da diese die nationale Souveränität infrage stellen.

105 FPÖ (02.07.2021), Deklaration für die Zukunft Europas

106 EuroEFE: euractiv (29.01.2022), La Cumbre de los «partidos patriotas europeos» concluye con nueve compromisos



## WAS TRENNT SIE?

Trotz der ideologischen Gemeinsamkeiten der radikalen Rechten in Europa gibt es einige politische Uneinigheiten, die eine Zusammenarbeit erschweren bzw. beeinflussen können. Allen voran und gerade im Angesicht des Krieges Russlands gegen die Ukraine ist hier das Verhältnis zu Russland - und gleichzeitig auch das zur USA und NATO - zu nennen. Aber auch bezüglich Haushalts- und Budgetpolitik, sowie zu Fragen der Migration existieren unterschiedliche Standpunkte.

### BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND UND DEN USA

Innerhalb der radikalen Rechten stehen sich sehr unterschiedliche Positionen in der Russland-Politik gegenüber. Die Fidesz pflegt ein freundschaftliches Verhältnis zur russischen Regierung. So traf sich Orbán mitten in der Ukraine-Krise mit Putin und übte keinerlei Kritik an der russischen Darstellung der Situation. Auch ein günstiger Gas-Deal, der in Ungarn niedrige Energiepreise ermöglicht, dürfte eine Rolle spielen. Doch in der ungarischen Bevölkerung ist das Verhältnis zu Russland keineswegs unumstritten, da sich die Niederschlagung der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung durch sowjetische Truppen 1956 ins kollektive Gedächtnis eingebrannt hat.<sup>107</sup>

Auch die französische Rechte will eine engere Zusammenarbeit mit Russland. Le Pen fordert eine 180-Grad-Wende der französischen Russlandpolitik und hält die Krim-Annexion für legitim. Im Gegenzug unterstützte Putin Le Pen früh als Präsidentschaftskandidatin - auch finanziell - und empfing sie in Moskau.<sup>108</sup> Den Teil der gemeinsamen Erklärung im Zuge des Treffens in Madrid, der Russlands Aggressionen an der ukrainischen Grenze

verurteilte, unterschrieb Le Pen entsprechend ihrer Position nicht.<sup>109</sup>

Pro-russische Tendenzen und starke wirtschaftliche Verflechtungen gibt es auch in der italienischen Lega und der österreichischen FPÖ.<sup>110</sup>

Die polnische PiS hingegen nimmt eine deutlich abweichende Position ein. Sie scheut die Zusammenarbeit mit russlandfreundlichen Parteien<sup>111</sup> und sieht besonders Osteuropa durch imperiale Ambitionen und hybride Attacken (beispielweise die Geflüchteten an der polnisch-belarussische Grenze) bedroht. Im Zuge der wachsenden Spannungen an der russisch-ukrainischen Grenze im Jahr 2021 appellierte die polnische Regierung an die NATO und forderte militärische Aufrüstung, um sich gegen die russische Bedrohung zu schützen.<sup>112</sup>

Im Angesicht des Krieges gegen die Ukraine wird die Außen- bzw. Russlandpolitik noch lange Kernthema europäischer Politik sein. Möglicherweise führt der russische Einmarsch zu einer Neujustierung der rechtsradikalen Kräfte, die Putin eher freundlich gesinnt sind, vielleicht sind die Bande zwischen Putin und seinen rechtsradikalen Verbündeten aber auch zu dick. Das könnte die Überwindung dieser Differenz innerhalb der europäischen Rechten massiv erschweren. Zumal eine Zusammenarbeit die Machtposition und damit den Einfluss der PiS auf eine gemeinsame Russland-Politik mindern würde.

Aktuelle Entwicklungen sind noch nicht eindeutig. Es gibt zwar keine Befürworter\*innen des Krieges, doch aber relativieren prorussische Rechte Schuld und Verantwortung für diesen und übernehmen Narrative der Kreml-Propaganda. Le Pen und Salvini sind durch ihr Putin-Verhältnis zumindest medial in Bedrängnis geraten, auf Le Pens Umfragewerte

<sup>107</sup> Kohrs, Camilla (06.02.2022), Orbáns Populistenparade, in: t-online

<sup>108</sup> Merkur.de (14.04.2017), Marine Le Pen: Putins ziemlich beste Freundin

<sup>109</sup> Traugott, David (15.02.2022), The far Right in the European Parliament. Why a "supergroup" may never come to pass, in: American University Washington DC, School of International Service

<sup>110</sup> Weiss, Andrew S. (27.02.2020), With Friends Like These: The Kremlin's Far-Right and Populist Connections in Italy and Austria, in: Carnegie, Endowment for International Peace

<sup>111</sup> Kohrs, Camilla (06.02.2022), Orbáns Populistenparade, in: t-online

<sup>112</sup> Deutsche Welle (26.10.2021), Polen will massiv aufrüsten

schien das aber keinen Einfluss zu haben. Auch Orbán gerät international immer mehr unter Druck, national konnte er seine Macht jedoch zunächst sichern.<sup>113</sup>

Die polnische Regierung sieht sich unterdessen in einer völlig veränderten Rolle: als zentraler Akteur der NATO(-Ostflanke) und der Achse USA-Polen-Ukraine, sowie als wichtigster Verbündeter der Ukraine in der EU. Die langfristigen Auswirkungen sind noch nicht abzusehen, kurzfristig folgt daraus, dass Polen und damit die PiS (erfolgreich) großen Druck auf andere EU-Mitgliedstaaten aufbaut, härtere Maßnahmen gegen die russische Führung durchzusetzen und sogar militärisches Eingreifen der NATO ins Spiel bringt.<sup>114</sup>

Nach einer schnellen Überwindung der Russland-Frage sieht es also aktuell nicht aus, dennoch wird der Krieg gegen die Ukraine die Verhältnisse innerhalb der radikalen Rechten in Europa nachhaltig verändern. Ob und welche Parteien es schaffen, entweder über ihre unterschiedlichen Positionen hinweg zusammenzuarbeiten oder sogar eine gemeinsame Position zu entwickeln, werden die nächsten Monate zeigen. Eine endgültige Bewertung kann noch nicht vorgenommen werden, zumal die rechtsradikale Konsolidierung auf europäischer Ebene in ihrer politischen und medialen Relevanz und Aufmerksamkeit dem Krieg weitestgehend gewichen sind. Die zentrale Achse der europäischen Rechten zwischen Warschau und Budapest ist allerdings geschwächt wie nie, die Beziehungen zwischen PiS und Fidesz befinden sich auf einem Tiefpunkt. Wegen gegenseitiger Anfeindungen und Absagen von Treffen sagte Journalist Bartosz Wielinski schon das Ende der Visegrad-Beziehungen voraus.<sup>115</sup>

Mit der Frage nach dem Verhältnis zu Russland ist auch die zum Verhältnis zur USA und zur NATO verbunden. Osteuropäische Staaten insbesondere Polen sehen die USA als wichtigste Bündnispartnerin und Schutzmacht vor russischen Aggressionen. Dem entgegen sind die westeuropäischen radikalen Rechten oftmals eher anti-amerikanisch bis amerikafeindlich eingestellt. Für sie stellen die USA die Personifikation von Globalisierung, Kosmopolitismus und liberaler Hegemonie dar - mit

der NATO als Instrument ihrer Interessen.<sup>116</sup> Doch haben sich diese Differenzen durch die Wahl Donald Trump erheblich entschärft und der ehemalige US-Präsident wurde in ganz Europa zum Vorbild der radikalen Rechten.<sup>117</sup> Mit Sicherheit muss diese Entwicklung mit der Abwahl Trumps und der Wahl Joe Bidens zum neuen US-Präsidenten relativiert werden, dennoch scheinen die Positionen zur USA vereinbarer als die zu Russland. Auch in der ersten Bündnisschrift der radikalen Rechten aus dem Juli 2021 findet eindeutiges Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft.

Den wichtigsten Faktor macht aber auch hier Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf die europäische Politik aus. Fragen der Sicherheit und Verteidigung gewinnen angesichts der nicht mehr zu leugnenden russischen Bedrohung für Länder im ehemaligen sowjetischen Einflussbereich an Brisanz. So stellt eine geographische Clusterung der europäischen radikalen Rechten hinsichtlich unmittelbarer Betroffenheit bzw. Bedrohung mit Sicherheit eine Möglichkeit dar.

Doch die Rolle der NATO und auch der EU als Verteidigungsbündnis oder Beistandsgemeinschaft wird in der gesamten EU wichtiger werden. Inwieweit es für rechtsradikale Parteien in West-Nord-Europa möglich bzw. politisch erfolgversprechend ist, an stark anti-amerikanischen und anti-NATO Positionen festzuhalten, werden die kommenden Debatten zeigen. Es lässt sich begründet bezweifeln, ob sich die politische Rechte dem gestärkten westlichen Identitätsdiskurs entgegenstellen kann, der den Westen als Hort der Demokratie, der Freiheit und des Friedens im Gegensatz zum gewalttätigen, imperialistischen und autoritären Russland platziert. Vielmehr könnte die politische Rechte von so einem identitären Diskurs profitieren, gerade weil aus ihm nicht die Forderungen nach Diversität und Liberalität, sondern solche nach Aufrüstung, Militarisierung und Sicherheit abgeleitet werden.

v

Aussagen über Überwindung oder Verfestigung der außenpolitischen Differenzen innerhalb der europäischen radikalen Rechten sind zum jetzigen Zeitpunkt noch immer spekulativ, dennoch scheinen besonders die Beziehungen zwischen PiS und Fidesz nachhaltig beschädigt. Trotzdem wird Vieles von der

<sup>113</sup> Davidson, Colette (24.03.2022), Europe's far-right parties admired Putin. Now they're stranded., in: The Christian Science Monitor

<sup>114</sup> Higgins, Andrew (25.03.2022), Long on Europe's Fringe, Poland Takes Center Stage as War Rages in Ukraine, in: The New York Times / Higgins, Andrew (18.03.2022), War in Ukraine Prompts Political Makeover in Poland, in: The New York Times

<sup>115</sup> Pallok, Jan (31.03.2022), Endzeit für Visegrad?, in: tagesschau

<sup>116</sup> Gärtner, Reinhold (01.05.2017), Konstruierter Hass. Die Feindbilder der Rechtspopulisten, in Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 5/2017

<sup>117</sup> Küstner, Kai (14.11.2020), Der Verbündete geht, in: tagesschau



Entwicklung des Krieges in der Ukraine abhängen. Letztlich haben Putin und sein Krieg das Potential die Parteien näher zusammenzubringen, aber auch jenes, sie weiter zu spalten.

## WIRTSCHAFTS-, HAUSHALTS- UND BUDGETPOLITIK

Lange war die radikale Rechte hinsichtlich ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung gespalten. Während viele (westeuropäische) Parteien mit eindeutig neoliberalen Positionen starteten, waren Parteien, die eher keynsianische Positionen vertraten oder zumindest ihren Wähler\*innen sozialstaatliche Versprechungen machten, in Skandinavien und Osteuropa erfolgreich. Spätestens seit der Präsidentschaft von Donald Trump und dem Brexit scheint die radikale Rechte ein Paradigma gefunden zu haben, das tief in ihrer Ideologie verankert ist und gleichzeitig sowohl an wirtschaftsliberale, als auch an sozialstaatliche Versprechungen anschlussfähig ist. Sie berufen sich auf nationalistischen Protektionismus.

Dahinter steht die Idee, dass nicht die kapitalistische Produktionsweise und der ihr inhärenter Klassenkonflikt das Problem sei. Vielmehr Sorge eine außer Funktion geratene eigentlich „natürliche nationale Wirtschaftsordnung“ für das Elend der „einfachen Leute“. Zu viele Ausgaben für „elitäre Projekte“ der Inklusion und Gleichberechtigung, sowie die durch Globalisierung beförderte Migration schwächten die heimische Wirtschaft. Damit knüpfen die radikalen Rechten nicht nur an die neoliberale Erzählung vom internationalen Wettbewerb an, sondern auch an die eigenen sozialdarwinistischen, antiemanzipatorischen und rassistischen Ideen. Nicht die Klassenzugehörigkeit, sondern die Zugehörigkeit zur Nation, zur „hart arbeitenden Gesellschaft“ wird politisiert und zum Anknüpfungspunkt für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der radikalen Rechten erhoben. Während Frauen ihr „natürlicher Platz“ in der nationalen Wirtschaftsordnung zugewiesen und Reproduktionsarbeit gefördert wird, werden migrantisierte Menschen, Menschen mit Behinderung oder Empfänger\*innen von Transferleistungen wegen ihrer angeblich mangelnden Leistungsfähigkeit abgewertet. Der vertikale Klassenkonflikt über die Verteilung des gesellschaftlich produzierten

Wohlstands wird von der radikalen Rechten umgedeutet in einen horizontalen Innen-Außen-Konflikt, eine Frage der Zugehörigkeit zur produktiven Nation nach rassistischen, ableistischen und weiteren Kriterien.<sup>118</sup>

Über diese Berufung auf die nationale Zugehörigkeit lassen sich bis zu einem gewissen Maße gegensätzliche Klassen(interessen) verbünden. Die radikale Rechte fördert damit die Vorstellung einer symbiotischen Beziehung zwischen Arbeit und Kapital im nationalen Auftrag.<sup>119</sup>

Dabei kommt in der Praxis, wie in Ungarn oder Polen zu beobachten, kein einheitliches wirtschaftspolitisches Programm heraus, sondern ein Mix aus neoliberalen Deregulierungen und Steuersenkungen für nationale Unternehmen, protektionistischer Handelspolitik und sozialstaatliche Maßnahmen im nationalistischen Sinne.<sup>120</sup>

Während sich also in der allgemeinen wirtschaftspolitischen Ausrichtung möglicherweise Einigkeit einstellt, finden sich eher im Bezug auf die EU-Haushalts- und Budgetpolitik Unterschiede.

Unstimmigkeiten hinsichtlich des Budgets der EU erwachsen aus der sozioökonomischen Heterogenität in der EU und strukturieren sich vor allem danach, welche Länder Nettozahler und welche Nettoempfänger von EU-Geldern sind. Obwohl sich aus einer simplen Betrachtung dieser Zahlen nicht ableiten lässt, inwieweit ein Land von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert, mobilisiert die radikale Rechte in Nettozahler-Staaten mit populistisch-nationalistischen Parolen gegen hohe EU-Budgets. Allen voran sind die deutsche AfD und die italienische Lega zu nennen, die eine Absenkung des Budgets fordern. Auf der anderen Seite stehen vor allem die polnische PiS und die ungarische Fidesz, die stark von den EU-Geldern abhängig sind und zu den Nettoempfängern gehören. Sie lehnen eine Absenkung des Budgets dementsprechend ab.<sup>121</sup>

Auch hier könnte Putins Krieg Auswirkungen haben. Denn bei den Folgewirkungen des Krieges und der Sanktionen sind die EU-Mitgliedstaaten asymmetrisch

118 Rettig, Jan, Economic policies of the european far right: Suitable pluralism or cumulated inconsistencies?, in: euromemorandum

119 Chatzoudis, Georgios (16.10.2018), „Ideologische Querverbindungen zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus“. Interview mit Christoph Butterwegge über die Partei AfD in den Parlamenten, in: L.I.S.A. Wissenschaftsportal Gerda Henkel Stiftung

120 Lang, Kai-Olaf (13.11.2015), Innen-, außen- und wirtschaftspolitische Setzungen des „Systems Orbán“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de / Riedel, Rafal (20.06.2018), Realisiert Mateusz Morawiecki den „Morawiecki-Plan“? Die Wirtschaftspolitik der PiS-Regierung nach zweieinhalb Jahren im Amt, in: bpb

121 VoteWatch Europe (06.04.2021), Scenarios: implications of the new Fidesz-PiS-Lega alliance

betroffen. Vor allem die direkten Nachbarländer Russlands und der Ukraine sind stärker von russischen Rohstoffimporten abhängig und die Ziele kriegsbedingter Fluchtbewegungen.<sup>122</sup> Diskussionen über gemeinsame Schuldenaufnahme oder einen Verteidigungsfond könnten also die Differenzen bezüglich EU-Budgetpolitik innerhalb der europäischen radikalen Rechten künftig verschärfen.

## Migrations- und Asylpolitik

Zwar fordert die gesamte radikale Rechte in Europa eine Abschottungs- und Abweisungspolitik gegenüber Geflüchteten und Migrant\*innen und suchen dafür auch den gegenseitigen Schulterschluss. Dennoch gibt es einen zentralen Unterschied, der sich aus der geographischen Lage der Länder ergibt. Durch den EU-Türkei-Deal und die brutale Grenzpolitik der osteuropäischen Staaten kam es Mitte der 2010er Jahre zu einer tendenziellen Verschiebung der Fluchtbewegungen. Immer mehr Geflüchtete versuchten und versuchen weiterhin, die EU über das Mittelmeer zu erreichen. Italien wurde damit zu einem wichtigen Ankunftsland in Europa und das italienische Asylsystem ist noch immer stark belastet.<sup>123</sup> Deshalb fordert auch die italienische Rechte eine Verteilung der Geflüchteten in alle EU-Staaten. Eine Maßnahme die besonders von der ungarischen Fidesz und der polnischen PiS rigoros abgelehnt und blockiert wird.<sup>124</sup>

Zusätzlich existieren auch unterschiedliche Positionen zu EU-Binnenmigration, besonders der aus südosteuropäischen Ländern in nordwesteuropäische. Während Fidesz und PiS diese nicht einschränken wollen, stellt sie für viele nordwesteuropäische Rechte ein Problem dar. Innereuropäische Rassismodynamiken, Antiziganismus und sozialchauvinistische Diskurse à la „Armutsmigration“ und „Sozialtourismus“ prägen weiterhin das Weltbild dieser Parteien.<sup>125</sup>

Schließlich muss auch an dieser Stelle auf aktuelle Fluchtbewegungen aus der Ukraine eingegangen werden. Seit Beginn des russischen Angriffs sind Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet, davon die meisten nach Polen.<sup>126</sup> Bisher schmückten sich Führungspersonen der radikalen Rechten aus Polen, Ungarn oder Italien mit Aufnahmebereitschaft und humanitärer Hilfe und begründeten dies mit „kultureller Ähnlichkeit“ zu den Ukrainer\*innen.<sup>127</sup> Doch solchen rassistischen Kulturtheorien kann kein Glaube geschenkt werden. Vielmehr passte die Aufnahme von Geflüchteten in das identitätsstiftende Narrativ vom demokratischen, freien und solidarischen Europa, das sich gegen die äußere russische Bedrohung verbündet. Damit soll nicht etwa die Verantwortung für den Krieg relativiert werden, wohl aber die scheinbare Solidarität der radikalen Rechten. Ihr wahres Gesicht zeigten diese nicht zuletzt im inhumanen Umgang mit Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze. Ähnlichkeit und Fremdheit sind in hohem Maße sozial konstruiert und damit relativ und können nicht an den Phänotypen von Menschen abgelesen werden, wie Diskurse über Flucht aus der Vergangenheit zeigen. Und auch die neuesten Entwicklungen zeigen in verschiedenen europäischen Ländern steigende Ablehnung ukrainischer Geflüchteter. Rechte Akteur\*innen verschleiern hinter vermeidlichen Protesten gegen die sehr reale soziale Krise ihren Rassismus und Hass gegen Notleidende Menschen aus der Ukraine. Nationalistische Narrative à la „Unser Land zuerst“ werden auch von der parteiförmigen radikalen Rechten vorangetrieben.<sup>128</sup> Darin angelegt sind möglicherweise neue Differenzen hinsichtlich der Verteilung von Geflüchteten und Integrationsleistungen anhand neuer geographischer Linien.

Vielleicht bringt die Migrations- und Asylfrage sogar die größten Spannungen mit sich, weil sie in den letzten Jahren im Gegensatz zur Wirtschafts- oder Außenpolitik am wichtigsten für die Mobilisierung radikalen Rechten in Europa war.

122 European Union External Action (14.03.2022), The war in Ukraine and its implications for the EU

123 UNO Flüchtlingshilfe, Italien steht weiterhin vor großen Herausforderungen

124 Tondo, Lorenzo (28.08.2018), Matteo Salvini and Viktor Orbán to form anti-migration front, in: The Guardian

125 Trubeta, Sevasti (2022), Diskurse um EU-Binnenmigration aus Süd- und Südosteuropa, in: Zeitschrift für Migrationsforschung 2/1 / VoteWatch Europe (06.04.2021), Scenarios: implications of the new Fidesz-PiS-Lega alliance

126 BBC News, How many Ukrainians have fled their homes and where have they gone?

127 Elger, Katrin (02.03.2022), »Es wird mit zweierlei Maß gemessen«, in: DER SPIEGEL

128 Coakley, Amanda (12.10.2022), Winter Is Coming—for Ukrainian Refugees, in: Foreign Policy





# AUSBLICK UND BEWERTUNG

Die hier beschriebenen Tendenzen im Blick stellt sich nun die Frage, wie sich die radikale Rechte auf europäischer Ebene weiterentwickelt.

Eine Möglichkeit wäre sicherlich, die Umstrukturierungsversuche seitens der Fidesz aufzugeben und der EKR-Fraktion beizutreten. Das bisherige Abstimmungsverhalten der Fidesz legt einen solchen Beitritt durchaus nah. Es herrscht weitgehende Einigkeit mit der im EKR vorherrschenden PiS, die durch einen Beitritt der Fidesz ihre Rolle als stärkste Kraft nicht verlieren würde. Auch Vox und Fratelli d'Italia würden einen Beitritt wohl willkommen heißen. Inhaltlich wäre jedoch die Position gegenüber Russland zu bedenken, bei der PiS und Fidesz weit auseinanderliegen. Beim Abschlusspapier des Madrid-Treffens konnten sich die Parteien zumindest auf eine gemeinsame Formulierung einigen. Doch seitdem ist viel geschehen und inwieweit die Positionen kombinierbar sind, wird sich zeigen. Letztlich scheinen sich die Fronten gerade eher zu verhärten, was die Absage des Treffens der Visegrád-Gruppe (gemeinsame Interessenvertretung von Slowakei, Tschechien, Polen und Ungarn) klar macht. Die polnische und tschechische Regierung begründeten die Absage mit der ungarischen Position zum russischen Krieg gegen die Ukraine.<sup>129</sup> Kurzfristig scheint eine Überwindung dieser Differenzen und ein Beitritt der Fidesz also eher unrealistisch.

Langfristig könnte ein zweites Problem darin bestehen, dass die EKR-Fraktion mit dem Beitritt der Fidesz zu einer geographischen Clusterung tendiert, bei der sich in der Fraktion eher Parteien aus ärmeren, süd- und osteuropäischen Ländern sammeln. Dies könnte bezüglich Budget-Fragen zu Problemen mit den nordeuropäischen Rechten von den Schwedendemokraten (SD) und der niederländischen JA21 führen. Zusätzlich könnte es die Streitigkeit hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit zwischen PiS und der belgischen N-VA vertiefen. Da diese aber auch mit der Vox schwierige Beziehungen wegen des Umgangs mit katalanischen Separatismus-Aktivist\*innen hat

und große Übereinstimmung mit der EVP zeigt, könnte jegliche Umstrukturierung in der Fraktion Ausgangspunkt für einen Wechsel der N-VA zur EVP sein.

Grundsätzlich müssten mit einem solchen Szenario Orbans-Pläne einer neuen Koalition als gescheitert gelten. Weitere Treffen in 2021 und 2022 zeigen aber an, dass noch immer an größer angelegter Kooperation festgehalten wird, auch wenn bis auf ein gemeinsames Büro keine konkreten Ergebnisse erzielt werden konnten.

Möglich wäre weiterhin, dass bei einem Beitritt der Fidesz zur EKR-Fraktion weitere Parteien folgen. So könnte auch die von Beginn an den Gesprächen beteiligte Lega von der ID- zur EKR-Fraktion wechseln. Solch ein Schritt würde die Fraktion erheblich vergrößern und ihre geographische und politische Diversität und Reichweite erhöhen. Er bedeutete aber auch einen Machtverlust für die PiS, da die Lega ähnlich viele Abgeordnete stellt, was gerade hinsichtlich Fragen von Haushalt und Budget äußerst problematisch werden könnte. Generell zeigt das Abstimmungsverhalten wenig Übereinstimmung zwischen Fidesz, PiS und Lega bei Wirtschafts- und Geldpolitik. Auch bezüglich innereuropäischer (Arbeits-)Migration gehen die Positionen auseinander. Schwierig könnte allerdings die Beziehung zur spanischen Vox werden, da diese ganz erheblich mit ihrem Anti-Separatismus mobilisiert, während die Lega gerade eine solche pro-separatistische Vergangenheit hat.<sup>130</sup>

Diese Prognose wirft außerdem die Frage nach dem Verhalten des RN auf, dessen Position in einer verkleinerten ID-Fraktion deutlich geschwächt würde. Im Vergleich zu Salvini von der Lega hat sich doch gerade Marine Le Pen in den letzten Monaten äußerst engagiert in Richtung einer Zusammenarbeit gezeigt. Auch ein Beitritt des RN stellt also eine Möglichkeit

<sup>129</sup> Kahlweit, Cathrin (29.03.2022), Treffen der Visegrád-Gruppe abgesagt, in: Süddeutsche Zeitung

<sup>130</sup> VoteWatch Europe (06.04.2021), Scenarios: implications of the new Fidesz-PiS-Lega alliance

da, die allerdings ebenso große Probleme mit sich bringen würde. Ein Szenario, in dem Fidesz, Lega und RN der EKR-Fraktion beitreten würden, wäre letztlich gleichbedeutend mit der angestrebten Bildung einer neuen „Superfraktion“ der radikalen Rechten.

Eine solche Superfraktion ist wohl das besorgniserregendste Umstrukturierungs-Szenario am rechten Rand. Mit Blick auf die parlamentsinternen Wahlen Anfang 2022 hatten politische Beobachter\*innen darauf hingewiesen, dass die Option einer neuen gemeinsamen Fraktion mit (fast) allen großen rechtsradikalen Kräften im EU-Parlament deutliche Machtverschiebungen bedeutet hätte. Zum einen wegen der vielen Posten und Mandate in Ausschüssen und anderen wichtigen Gremien des Parlaments, die dieser Fraktion zugestanden hätten. Und zum anderen wegen der fortschreitenden politischen Normalisierung rechtsradikaler Kräfte. Zumindest die ID-Fraktion ist aktuell von vielen parlamentarischen Prozessen exkludiert. In einer Superfraktion wären aber auch die heute in der ID-Fraktion ausgegrenzten politischen Kräfte vertreten. Das ließe die Grenze zwischen eher gemäßigten und faschistoiden Positionen weiter verschwimmen. Zudem könnte sich vermutlich mindestens der parlamentarische Konservatismus und Liberalismus einer Zusammenarbeit mit einer solchen Fraktion nicht verschließen, um eigene Mehrheiten sichern zu können. Vor den strategisch wichtigen parlamentsinternen Wahlen ist es allerdings nicht zu einer solchen Superfraktion gekommen.

Letztlich deuten die neuesten Entwicklungen nicht auf eine baldige Umstrukturierung im Europäischen Parlament hin. Die politisch brisante Lage, die damit zusammenhängenden inhaltliche Differenzen, sowie die 2024 anstehende Europawahl, welche die Parlamentszusammensetzung ohnehin verändern wird, machen die hier vorgestellten Szenarien eher unrealistisch. Trotzdem sollten die Kooperationsambitionen im Hinblick auf die nächsten Jahre weiterhin genauestens beobachtet und nicht leichtfertig als gescheitert abgestempelt werden.

Denn bis zur Europawahl wird sich der politisch-mediale Fokus auf den Krieg in der Ukraine nicht in dieser Form aufrecht erhalten, wie schon jetzt erkennbar ist. Zudem sind die Prognosen für die radikale Rechte europaweit gut und mit einigen Regierungsbeteiligungen in Mitgliedsstaaten geht auch eine gewisse Macht im Europäischen Rat einher. Das ist insgesamt eine gefährliche Grundkonstellation für die tatsächliche Umsetzung rechtsradikaler

politischer Ziele auf europäischer Ebene. Gemeinsam mit Konservativen und Liberalen besteht außerdem eine realistische Mehrheitsperspektive im Parlament.

Die Realität eines neuen großen Landkrieges in Europa sorgt in vielen Ländern für einen „Rally, round the flag“-Effekt und könnte rechtsradikale Regierungen wie in Polen und Ungarn stärken. Zusätzlich lässt sich eine diskursive Anschlussfähigkeit für die radikale Rechte vermuten: äußere Feindbilder, Primat von Sicherheit und Militärischem über „gesellschaftspolitischen Luxusproblemen“, Idee einer gemeinsamen Außenpolitik zur Sicherung Europas, die sicherlich auch Fragen von Grenz- und Migrationspolitik berühren wird. All das ist Brennstoff für rechtsradikale Diskurse. Zumal die politische Linke in einer schwachen Position ist, da ihr mal mehr mal und weniger berechtigt Sympathien für das russische Regime und eine undifferenzierte Ablehnung der NATO vorgeworfen werden. m

Schließlich muss auch der inhaltliche Wandel der radikalen Rechten eingeordnet werden und als Faktor erkannt werden, der die aktuellen Dynamiken der Zusammenarbeit von vorherigen Versuchen unterscheiden könnte. So verschafft sich die radikale Rechte nicht nur über diverse Regierungsbeteiligungen und eine Etablierung auf der internationalen politischen Bühne, sondern auch über die Abkehr von der schlichten Ablehnung der EU eine neue Ausgangsposition. Fälschlicherweise als Mäßigung oder Beweis ihrer Verortung im bürgerlichen Spektrum interpretiert, macht sich die radikale Rechte anschlussfähig an den politischen Konservatismus. Auf dieser Basis könnten Gemeinsamkeiten bei Fragen nationaler Identität und Souveränität, der Migrations- und Asylpolitik, sowie der Geschlechterverhältnisse entdeckt und politisch nutzbar gemacht werden. Die gemeinsamen Erklärungen und die Eröffnung eines Büros zur Koordinierung der Zusammenarbeit müssen als qualitativer Schritt der europäischen Integration des Rechtsradikalismus erkannt werden. In der langfristigen Perspektive erscheinen so mutmaßlich „gescheiterte“ Szenarien im Jahr 2021 weniger bedeutsam.



# QUELLEN

- Achtelik, Kirsten (02.06.2020), *Der Aufstieg von Vox*, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Gunda Werner Institut (zu finden unter <https://www.gwi-boell.de/de/2020/06/02/der-aufstieg-von-vox>).
- Ahponen, Tatu (15.04.2022), *Finnland ist kurz davor der NATO beizutreten*, in: JACOBIN (zu finden unter <https://jacobin.de/artikel/finland-ist-kurz-davor-der-nato-beizutreten-ukraine-russland-putin-schweden/>).
- Åkesson, Jimmie (09.04.2022), *Schwenk zur Nato? Schweden könnte Finnland folgen*, in: Die Presse (zu finden unter <https://www.diepresse.com/6123337/schwenk-zur-nato-schweden-koennte-finnland-folgen>).
- Akrap, Doris (22.04.2021), *Die neue Achse des Bösen*, in: taz (zu finden unter <https://taz.de/Slowenien-als-Gastland-der-Buchmesse/!5766706/>).
- APA-OTS (02.07.2021), *FPÖ: Europaweites Großbündnis für freie Vaterländer und gegen EU-Zentralismus gegründet* ([https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210702\\_OTS0103/fpoe-europaweites-grossbuendnis-fuer-freie-vaterlaender-und-gegen-eu-zentralismus-gegruendet](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210702_OTS0103/fpoe-europaweites-grossbuendnis-fuer-freie-vaterlaender-und-gegen-eu-zentralismus-gegruendet)).
- ARTE Reportage (26.04.2019), *Spanien: Vox - die Stimme von Rechtsaußen* (zu finden unter: <https://www.arte.tv/de/videos/086692-000-A/spanien-vox-die-stimme-von-rechtsaussen/>).
- Basso, Davide (21.01.2022), *Le Pen will EU zu „Vereinigung freier Nationen“ machen*, in: euractiv (<https://www.euractiv.de/section/europakompakt/news/le-pen-will-eu-zu-vereinigung-freier-nationen-machen/>).
- BBC News, *How many Ukrainians have fled their homes and where have they gone?* (zu finden unter <https://www.bbc.com/news/world-60555472>).
- Berady, Bilal (08.09.2021), *Wer wählt Marine Le Pen?*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nachrichten (zu finden unter: <https://www.rosalux.de/news/id/44948/wer-waehlt-marine-le-pen>).
- Bigalke, Silke (02.09.2018), *Wie Rechtspopulisten Schweden verändern*, in: Süddeutsche Zeitung (zu finden unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/schweden-schwedens-klimawandel-1.4107848>).
- Bonse, Eric (2021), *Spalten und herrschen – Rechtspopulisten in Frankreich*, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Magazin Mitbestimmung 01/2021 (zu finden unter: <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-29998.htm>).
- Braun, Michael (18.09.2022), *„Sie strebt den Umbau rückwärts an“*, in: taz (zu finden unter: <https://taz.de/Politologin-ueber-Giorgia-Meloni/!5879216/>).
- Braun, Michael (07.03.2018), *Gerne das Bad Girl*, in: taz (zu finden unter: <https://taz.de/Giorgia-Meloni-von-Fratelli-dItalia/!5486403/>).
- Chatzoudis, Georgios (16.10.2018), *„Ideologische Querverbindungen zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus“*. Interview mit Christoph Butterwegge über die Partei AfD in den Parlamenten, in: L.I.S.A. Wissenschaftsportal Gerda Henkel Stiftung (zu finden unter [https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/rechtspopulismus\\_afd\\_butterwegge](https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/rechtspopulismus_afd_butterwegge)).
- Coakley, Amanda (12.10.2022), *Winter Is Coming—for Ukrainian Refugees*, in: Foreign Policy (zu finden unter <https://foreignpolicy.com/2022/10/12/ukraine-refugees-europe-housing-sanctions-humanitarian-populism/>).
- Davidson, Colette (24.03.2022), *Europe’s far-right parties admired Putin. Now they’re stranded.*, in: The Christian Science Monitor (zu finden unter <https://www.csmonitor.com/World/Europe/2022/0324/Europe-s-far-right-parties-admired-Putin.-Now-they-re-stranded>).
- Decker, Frank/Lewandowski, Marcel (2017), *Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 64/1, S. 21-38, (zu finden unter: [https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0044-3360-2017-1-21.pdf?download\\_full\\_pdf=1](https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0044-3360-2017-1-21.pdf?download_full_pdf=1)).
- Democratic Audit UK (27.02.2020), *The case of Fratelli d’Italia: how radical-right populists in Italy and beyond are building global networks* (zu finden unter: <https://www.democraticaudit.com/2020/02/27/the-case-of-fratelli-ditalia-how-radical-right-populists-in-italy-and-beyond-are-building-global-networks/>).



- Deutsche Welle (26.10.2021), Polen will massiv aufrüsten (zu finden unter <https://www.dw.com/de/polen-will-massiv-aufruesten/a-59634689>).
- deutschlandfunk (02.04.2021), PiS, Lega, Fidesz / Ein neues Bündnis rechtsgerichteter Parteien in Europa? (<https://www.deutschlandfunk.de/pis-lega-fidesz-ein-neues-buendnis-rechtsgerichteter-100.html>).
- deutschlandfunk (05.06.2019), Parlamentswahl in Dänemark / Sozialdemokraten liegen vorn (zu finden unter <https://www.deutschlandfunk.de/parlamentswahl-in-daenemark-sozialdemokraten-liegen-vorn-100.html>).
- Duxbury, Charlie (01.02.2021), Estonia's far-right leader is down but not out, in: POLITICO (zu finden unter <https://www.politico.eu/article/estonia-martin-helme-far-right-leader-ekre/>).
- EKR-Fraktion, <https://ecrgroup.eu/ecr>, zuletzt zugegriffen am 26.04.2022.
- Elger, Katrin (02.03.2022), »Es wird mit zweierlei Maß gemessen«, in: DER SPIEGEL (zu finden unter <https://www.spiegel.de/panorama/interview-mit-migrationsforscherin-wird-putins-angriffskrieg-die-europaeische-asylpolitik-dauerhaft-veraendern-a-99b7cc0e-a427-4117-b42b-2d803145605a>).
- EPP [@EPP, Tweet] (26.09.2022), 'Congratulations to @forza\_italia! Italy is an anchor for Europe and our party a compass for pro-European values. We are confident that Forza Italia will guide the next government into a path that serves the best interests of the Italian people as part of a strong & stable Europe.'
- Etzold, Tobias (14.03.2019), Wie sich rechte Parteien in Skandinavien etabliert haben, in: Zentrum Liberale Moderne (zu finden unter <https://libmod.de/tobias-etzold-ueber-rechtspopulisten-in-nordeuropa/>).
- EuroEFE: euractiv (29.01.2022), La Cumbre de los «partidos patriotas europeos» concluye con nueve compromisos (zu finden unter: <https://euroefe.euractiv.es/section/politicas/news/cumbre-partidos-patriotas-europeos-concluye-nueve-compromisos/>).
- euronews (29.01.2022), Europe's far-right meets in Madrid for two-day summit led by Spain's Vox (<https://www.euronews.com/2022/01/29/europe-s-far-right-meets-in-madrid-for-two-day-summit-led-by-spain-s-vox>).
- Europäisches Parlament (25.09.2019), Ergebnisse der Europawahl 2019, Dänemark (zu finden unter <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/nationale-ergebnisse/danemark/2019-2024/>).
- European Union External Action (14.03.2022), The war in Ukraine and its implications for the EU (zu finden unter [https://www.eeas.europa.eu/eeas/war-ukraine-and-its-implications-eu\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/war-ukraine-and-its-implications-eu_en)).
- EVP-Fraktion, <https://www.eppgroup.eu/de/>.
- Fauth, Lea (25.04.2022), Nährboden für rechte Ideologien, in: taz (zu finden unter <https://taz.de/Praesidentschaftswahl-in-Frankreich!/5846993/>).
- FPÖ (02.07.2021), Deklaration für die Zukunft Europas (zu finden unter <https://www.fpoe.at/artikel/deklaration-fuer-die-zukunft-europas/>).
- Galloway, Heather (24.01.2022), Is Spain's far-right Vox Party about to govern for the first time?, in: euronews (zu finden unter: <https://www.euronews.com/my-europe/2022/01/24/is-spain-s-far-right-vox-party-about-to-govern-for-the-first-time>).
- Gäbelein, Tanja (2016), Noch konservativ oder schon rechtsradikal? Der neurechte Antifeminismus der AfD, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Standpunkte 22/2016 (zu finden unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_22-2016.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_22-2016.pdf)).
- Gärtner, Reinhold (01.05.2017), Konstruierter Hass. Die Feindbilder der Rechtspopulisten, in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 5/2017 (zu finden unter <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/konstruierter-hass-2365/>).
- Hedgecoe, Guy (11.11.2019), Spanish elections: How the far-right Vox party found its footing, in: BBC News (zu finden unter: <https://www.bbc.com/news/world-europe-46422036>).
- Heller, Fernando (31.01.2022), Far-right leaders agree on 'roadmap for sovereign and patriotic Europe', in: euractiv (<https://www.euractiv.com/section/politics/news/far-right-leaders-agree-on-roadmap-for-sovereign-and-patriotic-europe/>).
- Higgins, Andrew (25.03.2022), Long on Europe's Fringe, Poland Takes Center Stage as War Rages in Ukraine, in: The New York Times (zu finden unter <https://www.nytimes.com/2022/03/25/world/europe/poland-ukraine-russia.html>).
- Higgins, Andrew (18.03.2022), War in Ukraine Prompts a Political Makeover in Poland, in: The New York Times (zu finden unter <https://www.nytimes.com/2022/03/18/world/europe/poland-jaroslaw-kaczynski-ukraine-eu.html>).

ID-group, <https://de.idgroup.eu/about>.

Ignazi, Piero (2019), Parteiensystem und Parteienwettbewerb in Italien, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung (zu finden unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/15859.pdf>).

Janker, Karin (31.01.2022), Doch nicht immun gegen rechts, in: *Süddeutsche Zeitung* (zu finden unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/portugal-wahlergebnis-antonio-costa-andre-ventura-sieger-1.5519155>).

Joeres, Annika (22.06.2022), Macron hofiert Le Pen, in: ZEIT ONLINE (zu finden unter [https://www.zeit.de/politik/2022-06/frankreich-emmanuel-macron-wahlniederlage-marine-le-pen-zusammenarbeit?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/2022-06/frankreich-emmanuel-macron-wahlniederlage-marine-le-pen-zusammenarbeit?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)).

Johansen, Inger V. (2018), Die Dänische Volkspartei und „rechtsradikaler Pragmatismus“, in: Ehmsen, Stefanie/Scharenberg, Albert (Hrsg.), veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Die Radikale Rechte an der Regierung – Sechs Fallbeispiele aus Europa*, S. 51 – 61 (zu finden unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/radikale-rechte-in-regierung.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/radikale-rechte-in-regierung.pdf)).

Jupskas, Anders Ravik (06.06.2019), Why did the Danish People's Party lose more than fifty percent of its votes?, in: University of Oslo, Faculty of Social Sciences, C-REX - Center for Research on Extremism (zu finden unter <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/news-and-events/right-now/2019/danish-election-2019.html>).

Kahlweit, Cathrin (29.03.2022), Treffen der Visegrád-Gruppe abgesagt, in: *Süddeutsche Zeitung* (zu finden unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukrainekrieg-visegrad-gruppe-treffen-abgesagt-1.5556643>).

Kapern, Peter/ Voigt, Nina (21.09.2022), Wie soll die EU mit Ungarn umgehen?, in: *Deutschlandfunk* (zu finden unter <https://www.deutschlandfunk.de/wie-soll-die-eu-mit-ungarn-umgehen-100.html>).

Keil, Daniel (2019), Europa und die (neue) Rechte. Die Mehrdimensionalität der Europa-Imagination (neu)rechter Bewegungen, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.), *Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von rechts geht weiter*, MANUSKRIPTE Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 60-85 (zu finden unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte\\_25\\_Autor\\_Formierung.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_25_Autor_Formierung.pdf)).

Kirby, Paul (26.09.2022), Giorgia Meloni: Italy's far-right wins election and vows to govern for all, in: *BBC* (zu finden unter <https://www.bbc.com/news/world-europe-63029909>).

Kohrs, Camilla (06.02.2022), Orbáns Populistenparade, in: *t-online* (zu finden unter [https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id\\_91600602/ungarn-im-wahlkampf-viktor-orbans-populistenparade.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_91600602/ungarn-im-wahlkampf-viktor-orbans-populistenparade.html)).

Küstner, Kai (14.11.2020), Der Verbündete geht, in: *tagesschau* (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/uswahl2020/uswahl2020-trump-afd-101.html>).

Lang, Kai-Olaf (13.11.2015), Innen-, außen- und wirtschaftspolitische Setzungen des "Systems Orbán", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de* (zu finden unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/215177/innen-aussen-und-wirtschaftspolitische-setzungen-des-systems-orban/>).

Leiser, Eckart (25.04.2022), In Spanien überschlagen sich die Ereignisse, in: *der Freitag* (zu finden unter <https://www.freitag.de/autoren/eckart-leiser/vox-pegasus-puigdemont-was-in-spanien-gerade-passiert>).

mdr (04.12.2021), EU: Rechte Parteien wollen enger zusammenarbeiten (<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/rechte-parteien-eu-warschauer-gipfel-100.html>).

Merkur.de (14.04.2017), Marine Le Pen: Putins ziemlich beste Freundin (zu finden unter <https://www.merkur.de/politik/marine-le-pen-putins-ziemlich-beste-freundin-zr-8140633.html>).

Meyer, Robert D. (05.07.2021), Allianz ohne AfD, in: *neues deutschland* (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1154087.eu-parlament-allianz-ohne-afd.html>).

Mützel, Daniel (11.07.2021), Er lässt die AfD nicht mitspielen, in: *t-online* (zu finden unter [https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id\\_90416706/neuer-rechtsaussen-club-der-eu-darum-laesst-orban-die-afd-nicht-mitspielen.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_90416706/neuer-rechtsaussen-club-der-eu-darum-laesst-orban-die-afd-nicht-mitspielen.html)).

Nachtwey, Oliver [@onachtwey, Tweet] (26.09.2022), „Die Rückkehr des #Faschismus in Italien ist ein Bruch in der europäischen Nachkriegsgeschichte – und ein Symptom der multiplen Krisen des modernen Kapitalismus. Der Antifaschismus ist kraftlos geworden, ab heute müssen wir ihn wieder neu beleben. #niewieder“

Nilsson, Petter/ Warlenius, Rikard (14.09.2022), Schweden: Rechte Koalition gewinnt Wahl ganz knapp, in: *Rosa Luxemburg Stiftung Büro Brüssel* (zu finden unter <https://www.rosalux.eu/de/article/2152.schweden-rechte-koalition-gewinnt-wahl-ganz-knapp.html>).

- Nowak, Peter (22.05.2021), So wird die Rechte zum Garanten für die EU, in: Telepolis (zu finden unter: <https://www.heise.de/tp/features/So-wird-die-Rechte-zum-Garanten-fuer-die-EU-6052436.html>).
- Oskarson, Maria (10.12.2021), Mehr links wagen, in: ipg-journal (zu finden unter <https://www.ipg-journal.de/rubriken/zukunft-der-sozialdemokratie/artikel/mehr-links-wagen-5600/>).
- Oswald, Günther (26.10.2017), Österreichs FPÖ: Zwischen Öxit und EU als „Friedensprojekt“, in: DerStandard (zu finden unter <https://www.derstandard.de/story/2000066664836/blaue-europapolitik-zwischen-oexit-und-eu-als-friedensprojekt>).
- Otto, Ferdinand (28.09.2019), „Die Frage, wie rechts die FPÖ ist, stellt sich kaum noch jemand“, Interview mit Julia Partheymüller, in: ZEIT ONLINE (zu finden unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/wahl-oesterreich-rechtspopulismus-fpoe-afd-waehler>).
- Pallokat, Jan (31.03.2022), Endzeit für Visegrad?, in: tagesschau (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-ungarn-119.html>).
- Phoenix (11.04.2021), AfD-Parteitag: Die Debatte zum EU-Austritt Deutschlands (<https://www.youtube.com/watch?v=ldNv7mclY80>).
- Pietraszkiewicz, Marcin (30.01.2022), Polen: Der rechte Monolith bröckelt, in TELEPOLIS (<https://www.heise.de/tp/features/Polen-Der-rechte-Monolith-broeckelt-6342653.html>).
- POLITOCO Poll of Polls, Stand: 26.04.2022 (zu finden unter <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/>)
- Raik, Kristi (21.01.2021), Liberal Estonia is Back - With Some Lessons Learned About Engaging with Radical Right-wing Populists, in: International Centre for Defence and Security Estonia (zu finden unter <https://icds.ee/en/liberal-estonia-is-back-with-some-lessons-learned-about-engaging-with-radical-right-wing-populists/>).
- Rathfelder, Erich (19.04.2021), Ein Papier mit Sprengkraft, in: taz (zu finden unter <https://taz.de/Grenzziehungen-auf-dem-Balkan/!5762008/>).
- Rathfelder, Erich (26.04.2021), Jansa will Presselandschaft umbauen, in: taz (zu finden unter <https://taz.de/Pressefreiheit-in-Slowenien/!5762694/>).
- Rauscher, Hans (26.01.2018), Eine kurze Geschichte der FPÖ, in: Der Standard (zu finden unter <https://www.derstandard.at/story/2000073101842/eine-kurze-geschichte-der-fpoe>).
- Rauscher, Hans (29.05.2021), Wie viel Orban steckt in Kurz?, in: Der Standard (zu finden unter <https://www.derstandard.de/story/2000127003215/wie-viel-orban-steckt-in-kurz>).
- Rauscher, Hans (20.11.2021), Österreichs Politik ist „im System kaputt“. Woran liegt's?, in: Der Standard (zu finden unter <https://www.derstandard.at/story/2000131291822/oesterreichs-politik-im-system-kaputt-woran-liegts>).
- Rettig, Jan, Economic policies of the european far right: Suitable pluralism or cumulated inconsistencies?, in: euromemorandum (zu finden unter [http://www2.euromemorandum.eu/uploads/rettig\\_far\\_right\\_economics.pdf](http://www2.euromemorandum.eu/uploads/rettig_far_right_economics.pdf)).
- Riedel, Rafal (20.06.2018), Realisiert Mateusz Morawiecki den "Morawiecki-Plan"? Die Wirtschaftspolitik der PiS-Regierung nach zweieinhalb Jahren im Amt, in: bpb (zu finden unter <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/271261/analyse-realisiert-mateusz-morawiecki-den-morawiecki-plan-die-wirtschaftspolitik-der-pis-regierung-nach-zweieinhalb-jahren-im-amt/>).
- rnd (11.01.2022), Parlamentswahl in Ungarn: Am 3. April entscheidet sich, ob Orban Ministerpräsident bleibt (<https://www.rnd.de/politik/parlamentswahl-in-ungarn-bleibt-victor-orban-ministerpraesident-entscheidung-am-3-april-NUV2J4JNCJ7ADBZOWZGHFUQKKA.html>).
- Rochtus, Dirk (2019), Rechtspopulismus in Belgien, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.), Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 217 - 241 (zu finden unter [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-23401-0\\_9](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-23401-0_9))
- Roepert, Leo (2021), Niedergang des Eigenen, Invasion der Fremden. Zum Verhältnis von Rassismus und Rechtspopulismus, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10 Jena, S. 38-49 (zu finden unter <https://www.idz-jena.de/wsddet/niedergang-des-eigenen-invasion-der-fremden-zum-verhaeltnis-von-rassismus-und-rechtspopulismus>)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (21.12.2021), Radikalierter Konservatismus: Österreich zwischen Krise und rechter Rebellion, Ausnahme&Zustand #35 (zu finden unter <https://www.youtube.com/watch?v=JRhVGy11k>).
- Roser, Thomas (25.04.2022), "Ein bisschen rechts und ein bisschen links", in: Der Tagesspiegel (zu finden unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/politische-wende-in-slowenien-ein-bisschen-rechts-und-ein-bisschen-links/28277710.html>).

- Rubio-Pueyo, Vincente (2019), Vox: Eine neue rechtsextreme Partei in Spanien?, hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung New York Office (zu finden unter [https://rosalux.nyc/wp-content/uploads/2021/01/RLS-NYC\\_VOX\\_Spain\\_DE.pdf](https://rosalux.nyc/wp-content/uploads/2021/01/RLS-NYC_VOX_Spain_DE.pdf)).
- Rüb, Matthias (26.09.2022), Meloni ist nicht die Teufelin, in: FAZ (zu finden unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-in-italien-giorgia-meloni-ist-nicht-die-teufelin-18343106.html>).
- Rydlířský, Bartosz (2018), Nationalismus und Neofaschismus unter Jarosław Kaczyński, in: Ehmsen, Stefanie/Scharenberg, Albert (Hrsg.), veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Die Radikale Rechte an der Regierung – Sechs Fallbeispiele aus Europa, S. 27 – 38.
- Seisselberg, Jörg (03.01.2022), Wenn Mussolini kein Tabu mehr ist, in: tagesschau.de (zu finden unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/mussolini-verharmloser-italien-101.html>).
- Seisselberg, Jörg (21.10.2022), Meloni als Regierungschefin vorgeschlagen, in: tagesschau (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/meloni-regierung-italien-101.html>).
- Skolimowski, Piotr (17.10.2022), Polish Row With EU Worsens With \$73 Billion in Aid At Risk, in: Bloomberg (zu finden unter <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-10-17/poland-s-row-with-eu-worsens-threatening-73-billion-in-new-aid>).
- Spier, Tim (2014), Was versteht man unter „Populismus“?, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtspopulismus (zu finden unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/>).
- Streck, Ralf (07.02.2022), Arbeitsmarktreform: Spanische Regierung am Abgrund, in: Telepolis (zu finden unter: <https://www.heise.de/tp/features/Arbeitsmarktreform-Spanische-Regierung-am-Abgrund-6351527.html>).
- Streck, Ralf (12.02.2022), Tabubruch in Spanien: Rechtsextreme Vox-Partei erstmals in einer Regionalregierung, in Telepolis (zu finden unter <https://www.heise.de/tp/features/Tabubruch-in-Spanien-Rechtsextreme-Vox-Partei-erstmals-in-einer-Regionalregierung-6547205.html>).
- Strittmatter, Kai (17.10.2022), Der ultrarechte Schatten des neuen schwedischen Premiers, in: Süddeutsche Zeitung (zu finden unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/schweden-regierung-ulf-kristersson-schwedendemokraten-1.5676488>).
- Strittmatter, Kai (29.04.2019), Estnische Präsidentin bittet um „100 Tage ohne Hass“, in Süddeutsche Zeitung (zu finden unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/estland-regierung-rechtspopulisten-1.4426036?reduced=true>).
- Szombati, Kristóf (2018), Victor Orbáns autoritäres Regime, in: Ehmsen, Stefanie/Scharenberg, Albert (Hrsg.), veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Die Radikale Rechte an der Regierung – Sechs Fallbeispiele aus Europa, S. 15 – 25 (zu finden unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/radikale-rechte-in-regierung.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/radikale-rechte-in-regierung.pdf)).
- tagesschau (03.03.2021), Orbans Fidesz-Partei verlässt EVP-Fraktion (<https://www.tagesschau.de/ausland/austritt-fidesz-101.html>).
- tagesschau (15.07.2021), EU geht gegen Ungarn und Polen vor (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-ungarn-polen-101.html>).
- tagesschau (05.02.2022), Das rechte Duell (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frankreich-wahlkampf-rechte-101.html>).
- tagesschau (25.04.2022), Macron bleibt Präsident (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frankreich-wahl-235.html>).
- tagesschau (26.04.2022), Schweden und Finnland wollen NATO beitreten (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/nato-schweden-finnland-103.html>).
- Tondo, Lorenzo (28.08.2018), Matteo Salvini and Viktor Orbán to form anti-migration front, in: The Guardian (zu finden unter <https://www.theguardian.com/world/2018/aug/28/matteo-salvini-viktor-orban-anti-migrant-plan-brussels>).
- Traugott, David (15.02.2022), The far Right in the European Parliament. Why a “supergroup” may never come to pass, in: American University Washington DC, School of International Service (zu finden unter <https://www.american.edu/sis/centers/transatlantic-policy/articles/20220215-the-far-right-in-european-parliament.cfm>).
- Trubeta, Sevasti (2022), Diskurse um EU-Binnenmigration aus Süd- und Südosteuropa, in: Zeitschrift für Migrationsforschung 2/1 (zu finden unter [https://www.researchgate.net/publication/358467807\\_Diskurse\\_um\\_EU-Binnenmigration\\_aus\\_Sud-und\\_Sudosteuropa\\_Discourses\\_on\\_EU\\_Internal\\_Migration\\_from\\_South\\_and\\_Southeast\\_Europe\\_Zeitschrift\\_fur\\_Migrationsforschung\\_Journal\\_of\\_Migration\\_Studies](https://www.researchgate.net/publication/358467807_Diskurse_um_EU-Binnenmigration_aus_Sud-und_Sudosteuropa_Discourses_on_EU_Internal_Migration_from_South_and_Southeast_Europe_Zeitschrift_fur_Migrationsforschung_Journal_of_Migration_Studies)).
- UNO Flüchtlingshilfe, Italien steht weiterhin vor großen Herausforderungen (zu finden unter <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/italien>).
- Vanttinen, Pekka (04.02.2022), New poll puts Estonia’s populists in pole position, in: EURACTIV (zu finden unter [https://www.euractiv.com/section/politics/short\\_news/new-poll-puts-estonias-populists-in-pole-position/](https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/new-poll-puts-estonias-populists-in-pole-position/)).

- Vichtl, Wolfgang (04.04.2022), Keine Experimente, in: tagesschau (zu finden unter <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-parlamentswahl-119.html>).
- VoteWatch Europe (06.04.2021), Scenarios: implications of the new Fidesz-PiS-Lega alliance (<https://www.votewatch.eu/blog/scenarios-implications-of-the-new-fidesz-pis-lega-alliance/>).
- vrtNWS (30.01.2022), Vlaams Belang fordert Abschaffung von Covid Safe Ticket und restriktiven Maßnahmen (zu finden unter <https://www.vrt.be/vrtnws/de/2022/01/30/vlaams-belang-fordert-abschaffung-von-covid-safe-ticket-und-rest/>).
- Weiss, Andrew S. (27.02.2020), With Friends Like These: The Kremlin's Far-Right and Populist Connections in Italy and Austria, in: Carnegie, Endowment for International Peace (zu finden unter: <https://carnegieendowment.org/2020/02/27/with-friends-like-these-kremlin-s-far-right-and-populist-connections-in-italy-and-austria-pub-81100>).
- Wiberg, Matti (2017), Der Populismus der „(Wahren) Finnen“ in Finnland: kein Grund zu übertriebener Sorge, in: OST-WES. Europäische Perspektiven, 3/2017
- Wolf, Tanja (2019), Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa – Typologisierung und Vergleich, Wiesbaden: Springer VS (zu finden unter: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-26901-2.pdf>)
- zdfheute (01.06.2021), FPÖ-Chef Norbert Hofer tritt zurück (zu finden unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fpoe-hofer-ruecktritt-oesterreich-100.html>).
- ZEIT ONLINE (13.06.2019), Rechtspopulisten bilden fünftgrößte Fraktion im EU-Parlament (zu finden unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-06/europa-parlament-rechtspopulisten-fraktion-afd-lega-rassemblement-national>).
- ZEIT ONLINE (08.04.2021), Mutmaßlicher Urheber des Strache-Videos kritisiert Ermittler (zu finden unter [https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/ibiza-affeere-video-drahtzieher-kritik-ermittlungen-oesterreich?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/ibiza-affeere-video-drahtzieher-kritik-ermittlungen-oesterreich?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)).
- ZEIT ONLINE (16.02.2022), Ungarn und Polen verlieren Streit um Rechtsstaatsmechanismus (<https://www.zeit.de/news/2022-02/16/eugh-urteil-werden-rechtsstaatsverstoesse-bald-teuer>).

**MARTIN SCHIRDEWAN**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
UND KO-VORSITZENDER DER FRAKTION  
THE LEFT IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

RUE WIERTZ 60  
1047 BRÜSSEL

[MARTIN.SCHIRDEWAN@EP.EUROPA.EU](mailto:MARTIN.SCHIRDEWAN@EP.EUROPA.EU)  
[WWW.MARTIN-SCHIRDEWAN.EU](http://WWW.MARTIN-SCHIRDEWAN.EU)